

CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
6,- DM

51. Jahrgang

März
1998

1/98

Claus Jürgensen
**Volksentscheid zur Wiederherstellung
des Buß- und Bettages**

Hans-Jochen Vogel
**Politik heute – gesellschaftliches Engagement,
Alltag und Zukunft**

Albert Petersen
14 Tage in Nordkorea. Ein Reisebericht

Norbert Greinacher
**Sozialismus und Christentum am Ende des zweiten
und zu Beginn des dritten Jahrtausends**

Frank Ziesche
Georg Wünsch
ein religiös-sozialistisches Lebensbild

Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Dr. Martina Ludwig,

Matthias Nauerth, Ellerbek

Philipp Stratmann, Tübingen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis jährlich DM 30,-

(Ausland DM 35,-) incl. Porto

Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte

an den Bund der Religiösen

Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD),

Postbank Dortmund

189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch

zugesandt. Förderabo DM 40,- oder

mehr. Beiträge über DM 30,- sind als

Spende steuerlich absetzbar.

CuS-Internet: <http://homepages.teu-to.net/cus/index.html>

Redaktion:

Christa Peter (Geschäftsführung)

Udo Fleige, Tübingen

Jürgen Gorenflo, Karlsruhe

Matthias Nauerth, Ellerbek

Dr. Ulrich Peter, Berlin

Abonnements und Retours:

BRSD c/o Dr. Martina Ludwig,

Hohensteiner Straße 12

09117 Chemnitz

Fon/Fax: 0371/85 77 366

Kündigungen werden zum

Jahresende wirksam

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten,

Mönchengladbach

Hergestellt auf Umweltschuttpapier

ISSN-0945-828X

Inhaltsverzeichnis:

Claus Jürgensen: Rückblick auf den Volksentscheid zur Wiederherstellung des Buß- und Bettages.	4
Dörte Münch und Darius Dunker: Leistung statt Demokratie. Wogegen protestieren die StudentInnen?	8
Hans-Jochen Vogel: Politik heute – gesellschaftliches Engagement, Alltag und Zukunft.	9
Matthias Nauerth: Was tun? Was lassen? Was denken?	15
Albert Petersen: 14 Tage in Nordkorea. Ein Reisebericht	21
Norbert Greinacher: Sozialismus und Christentum am Ende des zweiten und zu Beginn des dritten Jahrtausends	31
Udo Fleige: Bischof Samuel Ruiz (u.a.): „Ich kann eine Bestie nicht anbeten“. Befreiungstheologen am Ende des Jahrtausends	38
Frank Ziesche: Georg Wünsch – ein religiös-sozialistisches Lebensbild	43
Resolution zur Rehabilitation d. Pfarrers Erwin Eckert	50
Besuchen Sie CuS im Internet: Was unsere Besucher uns schrieben...	52
Einladung zur Jahrestagung 1998	52
Einladung zur Mitgliederversammlung 1998	53
Bundesnachrichten	53
Bücher, die uns interessieren:	54
Carl Mennicke: „Zeitgeschehen im Spiegel persönlichen Schicksals. Ein Lebensbericht“, hg. von Hildegard Feidel-Mertz (Arnold Pfeiffer)	54
Kuno Füssel/Franz Segbers: „... so lernen die Völker des Erdkreises Gerechtigkeit“ (Gernot Jonas/ M.Helsper)	56

Editorial

Dieses Frühlingsheft von CuS enthält passend zur Jahreszeit einen bunten Strauß von Artikeln. Von Nordkorea bis zum Studierendenstreik reicht die Farbenpalette, und sowohl Ost wie West kommen zu Wort. Frank Ziesche zeichnet ein Lebensbild Georg Wünschs, der im Weimarer Bund ungemein wichtig war und bis heute als Sozialethiker gleichermaßen geschätzt ist wie aufgrund seiner ambivalenten Rolle dem NS-Staat gegenüber inkriminiert. Norbert Greinacher hat sich intensiv mit den Perspektiven von Sozialismus und Christentum im Übergang ins nächste Jahrtausend beschäftigt und stellt uns seine Ergebnisse vor.

Zwei bereits für dieses Heft geplante Artikel folgen in der nächsten Ausgabe. Zum einen ist dies ein Artikel zum 150. Geburtstag des Kommunistischen Manifestes und seiner Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Zum anderen ein Bericht über einen Konflikt zwischen demonstrierenden Gewerkschaftern und der Polizei, der einem Berliner IG-Metall-Vertrauensmann einen 10tägigen Gefängnisarrest einbrachte. Dieser Vorgang ist uns ein Interview und einen Bericht wert.

Mit diesem Heft endet eine fünfjährige Phase in der Erstellung von CuS. Die Berliner Endredaktion hat zum letzten Mal eine CuS-Ausgabe produktionsreif gestaltet. Von jetzt an liegt die Arbeit in anderen Händen. Wir freuen uns besonders darüber, daß sich mit Dörte Münch und Darius Dunker die Redaktion verjüngt hat. Wir wünschen denjenigen, die jetzt den Staffstab übernommen haben, gute Ideen, Spaß an der Arbeit und mindestens soviel Unterstützung, wie wir sie auch erfahren haben.

Im Impressum der nächsten Nummer wird noch jemand fehlen. Andreas Hesse, der Berliner Lay-outer, gestaltet nur noch dieses Heft. Danach wird das Lay-out in Hamburg gemacht. Wie sehr Andi Hesse die Optik von CuS verbessert hat, vermag nur jemand zu erkennen, der CuS-Hefte früherer Zeiten zur Hand nimmt. Was aber außer uns beiden niemand richtig wahrnehmen konnte, war die Identifikation und der große Einsatz für das „Produkt“ CuS. Hierfür möchten wir ihm an dieser Stelle und ganz offiziell danken.

CuS wird in der Osterzeit bei den AbonnentInnen sein. Die Passionszeit endet mit der Feier der Auferstehung Jesu Christi. Der Schweizer Theologe Kurt Marti hat ein schönes Gedicht hierzu geschrieben, mit dem wir unser letztes Editorial ausklingen lassen wollen.

Liebe Grüße, Christa und Ulrich Peter

Die Auferstehung der Toten?

ihr fragt wie ist die auferstehung der toten? ich weiß es nicht	ihr fragt gibt es keine auferstehung der toten? ich weiß es nicht
ihr fragt wann ist die auferstehung der toten? ich weiß es nicht	ich weiß nur wonach ihr nicht fragt: die Auferstehung derer, die leben
ihr fragt gibt es eine auferstehung der toten? ich weiß es nicht	ich weiß nur wozu er uns ruft: zur auferstehung heute uns jetzt

Ein Rückblick auf den Volksentscheid zur Wiederherstellung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag in Schleswig-Holstein

Seitdem die Entscheidung über die Wiederherstellung des Buß- und Bettages in Schleswig – Holstein als gesetzlicher Feiertag am 1. Advent gefallen ist – er wird vorerst nicht wieder gesetzlicher Feiertag werden – ist das Gespräch über dieses Anliegen nicht verstummt. Mir scheint zu Recht. Es hat im Norden lange kein Thema gegeben, das alle gesellschaftlichen Kräfte, Parteien, Kirchen, Gemeinden, Gewerkschaften, Vereine, Kammern und Berufsverbände, die Medien, aber auch unzählige einzelne Menschen solange und so intensiv beschäftigt hat. Zu diesem Thema hatten sie alle etwas zu sagen. Ich bin als Beauftragter der Kirchenleitung für die Durchführung des Volksbegehrens (also die 2. Stufe des Verfahrens) beteiligt gewesen.

In fünf Bereichen gibt es Gutes und Kritisches anzumerken:

1. Volksentscheid und Demokratie

Nachdem die Weimarer Republik u.a. daran gescheitert ist, daß der größte Teil der Bürger und Bürgerinnen, der Parteien, der Verbände und auch der Kirchen diese Demokratie nicht wollten und sie in Krisenzeiten gerne an eine straffe Führung abgeben, die Deutschland in eine Katastrophe führte, haben sich die Verfasser und Verfasserinnen der Verfassungen und Satzungen zur politischen Kultur nach 1945 in vielfacher Hinsicht Mühe gegeben, entsprechenden Verunsicherungen mit möglichem Scheitern demokratischer Formen im Ansatz zu verhindern bzw. zu erschweren.

Das gilt für den Staat (5%-Klausel u.a.) ebenso wie für die Kirchen (Eintragung der Wähler und Wählerinnen in Wählerlisten, viele indirekte Wahlen). Dem Volk war eben nicht zu trauen.

Erst viele Jahrzehnte nach 1945 besannen sich einzelne und dann fast alle Länder auf Formen der direkten Einwirkungen der Bürger und Bürgerinnen auf politische Entscheidungen. Viele Politiker und Politikerinnen wurden nachdenklich darüber, daß immer weniger junge Menschen sich an den Wahlen beteiligten oder mit einer Partei identifizierten. Das Wahlalter wurde herabgesetzt. Die Verfassungen wurden so verändert, daß sie Volksabstimmungen zuließen.

Das war nur zu begrüßen.

Weniger zu begrüßen ist, daß der gute Wille zur Bürgerbeteiligung nur halbherzig in die Tat umgesetzt wurde. Alle Volksabstimmungsgesetze sind durch Termin- und Prozentsetzungen für die Beteiligungen so abgesichert, daß es schier unmöglich ist, alle drei Stufen, (Initiative, Begehren und Entscheidung) so durchzustehen, daß der Erfolg möglich ist. Die Hürden sind zu hoch. Kaum eine andere Organisation als die Nordelbische Kirche, die noch in vielen kleinen Wohneinheiten vertreten ist, könnte die drei Stufen bis zu Ende durchhalten und dann noch mit so einem beachtlichen Ergebnis (19,9% der Wahlberechtigten für die Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag) abschließen. Für die Kirche ist die Volksabstimmung nicht an der Sache und auch nicht an der

Beteiligung gescheitert, sondern an der Festsetzung: 25% der Wahlberechtigten müssen zustimmen. Bei 5,10 oder 15 %, ja bei keiner Prozentvorgabe wäre der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag wieder eingeführt worden. Die Verfassung und auch das Volksabstimmungsgesetz mißtrauen den Bürgern und den Bürgerinnen durch vielfältige Absicherungen. So hatte die Nordelbische Kirche nicht nur für ihre Sache, sondern auch noch gegen die vorgegebenen Prozentsätze zu kämpfen. Das kann nicht im Sinne einer stärkeren Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen sein. Dieser Sachverhalt ist gründlich im Sinne der Absicht der Politiker hinsichtlich der Bürgerbeteiligung zu überdenken und zu verändern. Es gibt z.B. in der Schweiz andere Grundsätze und Erfahrungen für die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, wenn diese denn wirklich gewollt wird.

2. Pflegeversicherung und Buß- und Betttag

Es gibt wohl nur wenige gesellschaftliche und politische Stimmen, die nicht den Abschluß der langen Diskussion um die Pflegeversicherung und damit endlich eine Entscheidung über ihre Finanzierung herbeiführen wollten. Die Kirche stimmte dem Anliegen uneingeschränkt zu. Die notwendigen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat waren nur schwer zu haben. Nach langem Hin und Her, nach vielen Gesprächen, Vorschlägen und Teilentscheidungen kam es im Bundestag und in den meisten Bundesländern schließlich zu der Kompensationslösung für die Arbeitgeber durch die Streichung des Buß- und Bettages.

So sehr die Einführung der Pflegeversicherung und ihre positiven Folgen zu begrüßen sind, so wenig ist es einzusehen, daß der Buß- und Betttag für die Einführung herhalten mußte. Es gibt über-

haupt keinen Zusammenhang zwischen der Pflegeversicherung und dem Buß- und Betttag außer dem, daß beide eine gute Sache sind. Dazu hätte es nicht kommen müssen. Es lagen genug andere Lösungsvorschläge auf dem Tisch.

3. Feiertagskultur und Arbeitszeit

Ich bin nicht sicher, ob die Kirche es glaubwürdig vermitteln konnte, aber es war die entschiedene und aufrichtige Meinung ihrer Sprecher und Leitung: Der Buß- und Betttag als spezifisch protestantischer Feiertag gegenüber vielen speziellen Feiertagen in südlichen Bundesländern gehört weder der Kirche noch dem Staat, sondern dem Volk. Darum sollte auch das Volk entscheiden. Daß es die Möglichkeit des Volksentscheids gab, war nur zu begrüßen. Daß das Volk im Rahmen der oben beschriebenen Einschränkungen sich den Feiertag nicht zurückgeholt hat, mag mancher bedauern.

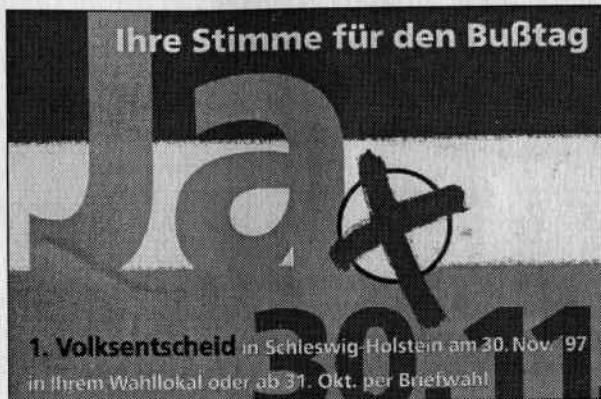
Ich bin nicht sicher, ob wirklich alle, die gegen die Wiedereinführung gestimmt haben oder zu Hause geblieben, sich über den weiteren Einbruch in die Feiertagskultur im klaren waren. Der Wechsel zwischen Arbeit und Freizeit, Urlaub und Arbeitszeit, Sonntag und Alltag, gemeinsame Freizeit für die Familie und Verpflichtungen in Schule, Haus und Arbeitsplatz ist trotz aller Ausnahmen eine wohlthuende Tradition, die Jahrtausende alt ist. Ist die, durch die Entscheidung, den Buß- und Betttag zur Kompensation der Arbeitgeberbeiträge für die Pflegeversicherung dranzugeben, beförderte weitere Aufhebung der Unterscheidung von gemeinsamer Freizeit und gemeinsamer Arbeitszeit politisch und gesellschaftlich gewollt? Die christliche Welt ist nicht schlecht gefahren mit dieser Tradition. Selbst wenn der Kommerz den Wünschen nach Aufhebung dieser Unterscheidung nachzugeben drängt, ist es eine zu diskutierende Frage, ob hier uneingeschränkt

nachgegeben soll. Die Maschinen, die "durchlaufen" müssen, sind falsch konstruiert, nicht der Mensch, der Pausen, gemeinsame Unterbrechungen braucht.

4. Kirche und Staat

Es mag sein, daß die Kirchen in Deutschland von ihrer staatskirchlichen Tradition her manche Rechte genießen, die in vielen anderen Ländern nicht gelten. Ebenso sicher ist es, daß die Kirchen durchaus auch zum Vorteil des Staates, der Städte und Gemeinden viele Aufgaben übernehmen, die ihnen sonst zufallen würden. Die großen Kirchen werden verstanden als Volkskirche, und sie verstehen sich auch so. Die Mitglieder bestimmen selbst Nähe und Distanz zu ihren Einrichtungen und Angeboten. Die Kirchen fühlen sich dem gesellschaftlichen Ganzen verpflichtet. Sie repräsentieren und tradieren Normen, Werte und Grundsätze, ohne die eine soziale Demokratie nicht bestehen kann. Daher ist der Religionsunterricht zu Recht ordentliches Unterrichtsfach. Ohne die einvernehmliche Verabredung über das gemeinsame Verständnis von Gerechtigkeit, Solidarität, Wahrheitsliebe, Friedensbemühung, Achtung der Menschenwürde und Hilfsbereitschaft können alle Abstimmungsprozesse und Mehrheitsentscheidungen zu furchtbaren Ergebnissen führen. Der demokratische Staat kann wohl Methoden für den Interessensausgleich entwickeln, er kann aber nicht Werte setzen. Er kann allenfalls seine ordnende Funktion den veränderten Wertvorstellungen anpassen oder ihnen sogar mit Macht entgegensteuern. An diesen politischen Prozessen nehmen wir alle täglich teil.

Die Kirchen – in vielen Staatskirchenverträgen und Konkordaten dokumentiert – verstehen sich als Partner des Staates zum Besten der Bürger und Bürgerinnen. Der Staat hat die Arbeit der Kirchen dadurch geachtet und gefördert, daß er durch Dienstleistungen (etwa Einzug der Kirchensteuer) und Rahmenbedingungen (etwa Bundessozialhilfegesetz) den kirchlichen Beitrag in derzeitiger Gestalt ermöglicht. Zum Schutz ihrer Einrichtungen und der



Ausübung ihrer religiösen Handlungen macht die Verfassung deutliche Aussagen. Das ist gut so, weil beide gut davon haben.

Im Vorfeld der Entscheidungen über die Aufhebung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag haben die Kirchen Zusagen von wichtigen politischen Verantwortungsträgern gehabt, daß kirchliche Feiertage zur Finanzierung des Arbeitgeberbeitrages zur Pflegeversicherung nicht in Frage kommen. Im Laufe der Suche nach Kompromissen ist dann doch der Buß- und Bettag genommen worden. Anders war, so scheint es, die Pflegeversicherung im Bundestag und Bundesrat nicht auf den Weg zubringen.

Die Vorgänge im Einzelnen verfolgt sind für die politische Entscheidungsbildung in Deutschland beschämend genug. Weil Bundestag und Bundesrat nicht in der

Lage waren, ein gesellschaftlich notwendiges Projekt auch im angemessenen Rahmen zu etablieren, mußte ein kirchlicher Feiertag dafür herhalten.

In dem Zusammenhang ist auf eine Veränderung aufmerksam zu machen, die das Verhältnis von Staat und Kirche betrifft: Trotz des rechtzeitigen und deutlichen Protestes beider großen Kirchen, vieler Landeskirchen und einzelner Kirchenleute haben die politischen Entscheidungsgremien es nicht mehr für notwendig gehalten, auf die Proteste Rücksicht zu nehmen. Es stimmt nicht, daß diese nicht rechtzeitig und deutlich genug erfolgt sind. Sie sind in der Öffentlichkeit durch die Medien nicht rechtzeitig beachtet worden. Erst als die Nordelbische Kirche sich auf den dreistufigen Weg des Volksentscheides begab, wurde ihre Stimme gehört. Sie hatte sie schon vorher deutlich und öffentlich erhoben. Jedes Bürgerschaftsmitglied in Hamburg und jede und jeder Landtagsabgeordnete in Schleswig-Holstein war ausführlich informiert worden. Alle Kontaktmöglichkeiten zwischen Staat und Kirche waren genutzt worden. Dennoch haben die Entscheidungsträger sich gegen die kirchliche Position entschieden. Sie hatten es nicht mehr nötig- so scheint es – auf die Kirchen zu hören. Oder wollten sie es nicht mehr? Ich denke, hier steht eine Debatte aus, deren Notwendigkeit sich heute bei allen sozialpolitischen Veränderungen zeigt. Braucht der Staat die Kirche nicht mehr? Kann sich der Staat die finanzielle und kulturelle Demontage der Kirchen leisten?

5. Kirche und Buß- und Bettag

Nach den letzten radikalen Reduzierungen der Zahl der kirchlichen Feiertage am Ende des 18. Jh. galt in Deutschland ein unterschiedlicher, aber dennoch fester Bestand dieser Tage. Der Buß- und Bettag der Weimarer Republik, nunmehr in Gesamt-

deutschland auf einen bestimmten Tag festgelegt, war der Rest einer sehr vielfältigen staatlichen, besser landesherrschaftlichen Einrichtung, die den Dienst der Kirche in kritischen Zeiten einforderte. Noch im Kriege 1870/71 wurde in Preußen ein allgemeiner Bettag angesetzt. Mit der Vereinheitlichung und festen Datierung verschwand die staatliche Verantwortung für diesen Tag. Nach der Trennung von Kirche und Staat wurde aus dem öffentlichen Thema "Buße" ein kirchlicher Buß- und Bettag. Die Kirche hat es mit diesem Tag immer schwer gehabt, auch wenn die alttestamentlich-prophetische Tradition hier sehr deutlich ist, die Bußpraxis der Vorreformati- onszeit dem entspricht, und Jesus und Luther in ihrem ersten öffentlichen Auftritt mit diesem Thema beginnen: Buße ist bis heute in den Kirchen ein ungeliebtes Thema. Viele Christen haben der Streichung des Bußtages ja ohne Protest zugestimmt. Darum ist es aber nicht weniger notwendig, sich auf den eigenen Lebensweg, seine Grundlagen, Zwänge und Alternativen zu besinnen und für manche Taten und Untaten um Vergebung zu bitten.

Ebenso gilt das in doppelter Hinsicht für das Verhältnis von Staat und Kirche: Es ist innerhalb der Kirche wichtig, sich auf ihre öffentliche Verantwortung zu besinnen. Es ist für den geordneten Staat notwendig, sich von den Kirchen auf seine gesellschaftlichen Grundverabredungen hin befragen zu lassen.

Alle drei Aspekte eines kirchlichen Buß- tages wurden in den letzten Jahren in den Kirchen zunehmend und sehr vielfältig begangen. Sicher gilt das nicht für alle Gemeinden. Aber keine Kirche kann es sich leisten, sich eins ihrer zentralen und zugleich öffentlichen wie persönlichen Themen nehmen zu lassen. Seitdem es nun den Buß- und Bettag als gesetzlichen Feiertag nicht mehr gibt, ist es schwerer geworden, sich diesen Themen zu stellen.

Leistung statt Demokratie

Wogegen protestieren die StudentInnen?

StudentInnen und SchülerInnen haben gestreikt, doch das neue Hochschulrahmengesetz ist inzwischen vom Bundestag beschlossen. Ob es vom Bundesrat noch gekippt werden kann, ist unklar. Eigentlich sind die Hochschulangelegenheiten wie andere Bildungsaufgaben Ländersache. In den einzelnen Bundesländern existieren dementsprechend recht unterschiedliche Hochschulgesetze. Um dennoch einen gemeinsamen Standard zu gewährleisten, wurde einst das bundeseinheitliche Hochschulrahmengesetz (HRG) erlassen. Die alten Ordinarienuniversitäten wurden abgeschafft. In der „Gruppenuniversität“ sollten alle Hochschulangehörigen, ob Sekretärin, Student oder Wissenschaftliche Mitarbeiterin, an den Entscheidungsverfahren beteiligt werden – wenn auch keinesfalls in gleicher Weise wie die ProfessorInnen.

Genau diese Regelungen sind nun im neuen HRG ersatzlos gestrichen. Während Studierende seit Jahrzehnten andere Mehrheitsverhältnisse in den Senaten und Fachbereichsräten forderten – die ProfessorInnen verfügen dort stets über die absolute Mehrheit – soll es nun den einzelnen Ländern freigestellt werden, ob sie überhaupt noch andere Hochschulangehörige als die ProfessorInnen an den akademischen Gremien beteiligen.

Zauberwort des „Reform“ genannten Rückschrittsprozesses ist der Begriff der Deregulierung. Statt daß fast jede Entscheidung den Dienstweg von den Fakultäten bis auf den Schreibtisch eines/einer Ministerialen nimmt, sollen zunehmend Ent-



scheidungswege verkürzt und auf möglichst niedrige Ebene beschränkt werden. Dieser Abbau von Bürokratie soll den Hochschulen individuelle Gestaltungsspielräume schaffen – aber natürlich auch Konkurrenz anregen. Während der Staat sich auf diese Weise aus dem Bildungswesen zunehmend herauszieht, wird dem Leistungsprinzip als Allheilmittel gehuldigt.

Bildung ist kein Gut mehr, nicht der sich bildende Mensch steht fortan im Mittelpunkt, sondern die Bildungsinstitutionen verkommen zum Wirtschaftsfaktor, der sich mißt an kurzfristigen Bedarfen der Indu-

strie. Das wirkt sich unmittelbar auf die Lern- und Lehratmosphäre aus, denn den Leistungsdruck geben die Hochschulen an ihre StudentInnen weiter – wiederum mit Unterstützung des neuen HRG. Dieses schließt, sollte es wie vom Bundestag beschlossen in Kraft treten, die Einführung von Studiengebühren nicht länger aus und begünstigt die soziale Selektion schon vor Beginn eines Studiums.

Viele staunten, daß es nicht die öffentlich gebrandmarkten „Langzeitstudierenden“ waren, die in der Furcht vor Zwangsmaßnahmen den Kern des Protests bildeten, sondern die „Konsumkinder der neunziger Jahre“, die nie ein anderes Land als das des Dr. Kohl gekannt haben. So protestierten PolitikerInnen und Medien den Streikenden während der ersten Wochen zu: da kokettierte die Presse mit dem Begriff der 98er und bekam nostalgische Gefühle in bezug auf ihre eigenen „wilden 68er“ und lächelte über die Leute, die gerade dabei

waren, sich Protestformen zurückzuerobern. Tatsächlich trugen sich auch lustige Begebenheiten zu: Aus Würzburg wird erzählt, daß die Studierenden eines Fachbereichs zunächst nur auf dem Bürgersteig demonstrierten, weil sie das „auf die Straße gehen“ noch nicht ganz wörtlich nahmen.

Die sich längst mit dem System, das sie einst bekämpfen wollten, arrangiert hatten, suchten nun den großen Unterschied, weswegen diese aktuellen Proteste nicht vergleichbar seien mit den ihrigen. So wurden immer wieder jene StudentInnen in den Medien zitiert, die sich für bessere Ausstattung der Bibliotheken oder mehr ProfessorInnen ausgesprochen hatten. Forderungen nach Demokratisierung, Kritik an der industriellen Ausrichtung der Hochschulen und der Verabsolutierung des Leistungsprinzips wurden meist überhört.

Schön, daß dennoch Kraft zum Widerstand da ist!

Hans-Jochen Vogel

Politik heute

gesellschaftliches Engagement, Alltag und Zukunft¹

„Spaß an der Politik versetzt Etablierte in Schrecken“, so war kürzlich ein Bericht in der Frankfurter Rundschau (20.10.97) überschrieben. Es stimme nicht, war dort zu lesen, wenn behauptet werde, „immer weniger Bürger dieser Republik fühlten sich für das Gemeinwesen verantwortlich.“ Sowohl die Zahl der Engagierten als auch

die der Proteste sei gestiegen. Das „Problem sei nicht ein Mangel an Engagement, sondern seine weitgehende Wirkungslosigkeit“.

Ist heute von Politik die Rede, so ist eine Unterscheidung festzuhalten: Einmal ist Politik als Machtspiel der Parteien, Interessenverbände, Profis gemäß eingefahre-

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Chemnitzer Studentenpfarrer Hans-Jochen Vogel beim Ost-West-Ratschlag in Dresden am 25.10.97 hielt.



ner Mechanismen und Rituale zu erleben, zum anderen als Einmischung der gewöhnlichen Leute in ihre eigenen Angelegenheiten, die Partizipation „von unten“, außerhalb der Strukturen und Abläufe des repräsentativen Systems.

Beides muß es geben: Repräsentation und „direkte Demokratie“. Die Probleme, die unter den Menschen zu klären sind, haben unterschiedliche Dimensionen und sind von unterschiedlicher Beschaffenheit und Reichweite. Das Ineinander notwendiger Interaktionen ist zu kompliziert und vielfältig, als daß es sich auf einen solch einfachen Nenner bringen ließe: ENTWEDER repräsentativ ODER direkt.

Die ostdeutsche Bürgerinnen- und Bürgerbewegung vor dem Herbst 89, in und nach ihm, umfaßte beides - sehr vermengt und überlagert: den Drang nach der „richtigen“, der „großen“ Politik, also den, in der Strukturen der Gewaltenteilung weit(er) oben mitmischen zu können, wie auch die mit voller Absicht Basisbewegten,

die da wußten und wissen (und dies in der DDR durchaus gelernt haben), daß alle echte Änderung unten beginnt: je höher du kletterst, desto schwerer fällt die Bewegung; je näher dem sogenannten Zentrum der Macht du dich befindest, desto kürzer ist der Radius der Kreise, die du ziehst.

Von jenen jedoch, die inzwischen ihre Positionen innerhalb der neuen alten Strukturen des politischen Apparats eingenommen haben, bekommen die, die immer noch oder schon wieder Politik außerhalb dieser Strukturen, mit den Betroffenen und Engagierten „unten“ machen, öfter in zunehmend gereiztem Ton und schon eher drohend zu hören, die Zeit der Wende und ihrer Runden Tisch sei endgültig vorbei.

Wer sich nicht auf diese Weise abservieren lassen will, muß sich, angesichts der vielen, die ringsum schon resigniert haben oder deren Kräfte vom Überlebenskampf absorbiert werden, schon fragen: Wie komme ich dazu, nicht aufzugeben?

Was bewegt uns, die wir uns bewegen wollen? Was setzt uns in Bewegung?

Um darauf antworten zu können, müssen wir von etwas sprechen, das ich hier Infrapolitik nennen möchte: das was unter dem Politischen; da wo es noch nicht Politik ist und Politik heißt, worauf jedoch das Politische aufliegt, aufliegen muß, soll es mehr sein als eine zynische Scharade (Silbenrätsel übersetzt dies der Fremdwörterduden, Anmerkung der CuS-Redaktion).

Infrapolitik - das ist das Betroffen-Werden oder Betroffen-Worden-Sein (was etwas anderes ist als die „Betroffenheit“, damit hier kein Mißverständnis aufkommt). Warum begann jemand meiner Generation sich mit den Fragen von Krieg und Frieden zu befassen, sich für das zu engagieren, was er für dem Frieden dienlich hielt? Weil wir im Schatten des militärisch-politisch-wirtschaftlichen Fiaskos von 1945, am allermeisten jedoch des diesem zugrundeliegenden moralischen Fiaskos aufgewachsen sind. Vielleicht auch, weil man in einem familiären und sozialen Umfeld aufgewachsen ist, in dem die Risse besonders spürbar, die Widersprüche besonders greifbar waren. Und da steht man plötzlich selbst (Einführung der Wehrpflicht in der DDR: 1962, mein Abitur und Studienbeginn: 1961, das Mauerjahr) vor der Entscheidung: ja oder nein, Uniform oder Verweigern. Solch eine Entscheidung schafft, ist sie einmal gefällt, neue Tatsachen. Sie ist nicht rückgängig zu machen, wie man auch nach einer Scheidung nie wieder unverheiratet, sondern eben geschieden ist.

Infrapolitik heißt hier auch, die Zeit ins Kalkül ziehen, ihre Unumkehrbarkeit. Wissen, daß ich mit dem, was ich jetzt tue oder nicht tue, mich selbst in eine Situation bringe, mich auf sie festlege, die ihrerseits eine bestimmte Qualität von Schritten von mir verlangt. Infrapolitik als Leben mit Zeitlichkeit als Horizont, unter Zurückweisung des Weltbilds der schein-ewigen Prä-

senz des Angebots der käuflichen Erfüllung, des zukunftslosen Heils des Konsums, einer Freiheit als der Beliebigkeit des Wechsels der Moden. Zeitlichkeit unserer Existenz als kritische Instanz auch gegenüber der Sakrosanktheit einmal geronnener Strukturen, „erzielter“ Mehrheiten, erlassener Gesetze.

Infrapolitisch liegt ebenfalls aller politischen Aktion eine fundamentale Loyalität zugrunde: das Gesicht, das mich ansieht, und in dem mich das Unausweichliche schlechthin ansieht, der/die/das Andere, um Gedanken von Lévinas aufzugreifen. Als christlich-protestantischer Mitleser der Schrift, die auch Lévinas gelesen hat (sie ihn und er sie) spreche ich von der Realität des Bundes-Gottes mit den Menschen und, daraus folgend: der Menschen untereinander. Ich kann mich der/dem Anderen nicht entziehen, die/ der mich ansieht. Zum Beispiel den beiden jungen Leuten damals, die mich aufsuchten und um einen Raum nachfragten, um einen Kreis von jungen Lesben und Schwulen organisieren zu können. Du läßt dich darauf ein; du kannst da nicht mehr einfach heraus. Heute weißt du, wieviel Stasi-Papier vollgeschrieben worden ist in Folge, wie viele Intrigen gesponnen wurden, wie viel Zoff gefingert wurde. Aber du wußtest, daß es gar nicht die Frage war, ob du dich dort in die Pflicht nehmen lassen wolltest: du warst in Pflicht, und du mußtest dann auch loyal sein gegenüber den Menschen, auf die dich einzulassen nicht in deiner Wahl gelegen hatte.

Auch hier Infrapolitik gegen die Wegwerf-Beziehungen und die Reduzierung des menschlichen Miteinander auf das Benutzen und Benutzt-Werden.

Infrapolitik auch die Einbeziehung des Dritten (noch einmal nach Lévinas). Für mich bleibt hier das am deutlichsten sprechende Symbol die christliche Mahlgemeinschaft - jenseits eines erstarrten Ritus:

eine Gruppe/Gemeinde von Leuten feiert an einem Ort diese Gemeinschaft, aber gleichzeitig tun es viele Gruppen vielerorts. Da einigen sich nicht die, die zufällig hier beisammen sind, auf Kosten der Abwesenden - gleichsam zwei auf Kosten der/des Dritten, hinter deren/dessen Rücken, um sie/ ihn auszubooten, ihren/seinen Rock zu teilen, sondern die zwei sind sich bewußt, daß die/der abwesende Dritte zu ihnen gehört. Es geht also um Recht, um Solidarität, um die, die jetzt (noch) nicht dabei sind, die aber berücksichtigt werden müssen, um die weiträumigen Zusammenhänge von Recht und Unrecht, von Frieden und Gewalt, Politik also auch im geläufigen Verständnis.

Warum sprechen wir von Infrapolitik und nicht einfach von Ethik? Weil wir damit Lebensweise, Lebensstil, Kultur im Blick haben, also das Entstehen eines wirklichen Raumes, in dem sich ein Milieu herausbilden kann, in dem aus dem Betroffenen-Worden-Sein ein Sich-Nicht-Abfinden, ein Ansatz zum Handeln werden kann; ein Milieu, in dem das Wahrnehmen des Blickes der/des Anderen sich ereignen kann, in dem Dritte aus ihrer Abwesenheit und Ferne in die Nähe rücken können. Wir können noch so viele Aktionen ankurbeln, noch so flammende Reden halten und Politik von unten machen wollen: wenn es keine Gelegenheiten gibt, daß Menschen sich entwickeln können, die da überhaupt zu hören und zu sehen vermögen, die frei sind für die Stunde, die es geschlagen hat und die Gesichter und Stimmen der Anderen, dann werden wir der Luft predigen.

Doch es gibt zum Glück viele, die vielerorts an solchen Milieus arbeiten, die sie um sich her entstehen und wachsen lassen. Hier liegt übrigens eine der Ursachen für die Rolle, die die evangelischen Kirchen in der späten DDR gespielt haben, hier liegt auch ein Wahrheitsmoment des Kommunitarismus. Die einsame staats-bürgerliche

Monade wird am Ende nicht einmal mehr für nötig halten, ihre Stimme abzugeben.

Damit berühren wir das Thema Alltag. Alltag - ein Wort, das erst spät im 19. Jh. in Gebrauch gekommen ist. Das Gegenstück ist der Fest- oder Feiertag. Als evangelischer Theologe muß ich anmerken, daß es die Reformation war, die die irdischen professionellen oder gesellschaftlichen Tätigkeiten der wohl getauften, aber nicht mit höheren geistlichen Weihen versehenen Gläubigen in den Rang eines Gottesdienstes erhob. Alle Glaubenden sind Priester, „profane“ Tätigkeiten sind Dienst für Gott, wenn sie im geglaubten Bezug zu Gott getan werden. Im Sinne des Neuen Testaments ist der Geist der Gemeinde gegeben, um das Leben in jeder Hinsicht zu gestalten und zu erneuern. Und die Barmer Theologische Erklärung sagt 1934 im Blick auf den faschistischen Zeitgeist: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften“.

Gottesdienst im Alltag der Welt - das war die reformatorische Botschaft. Nicht geistlos den Gesetzmäßigkeiten und Zwängen einer gott-verlassenen Welt der Wirtschaft und Politik sind wir ausgeliefert, sondern der profane Alltag ist heiliger Boden, wo Gott in Pflichten und Chancen an uns herantritt, damit dort sein Wille geschehe. Der Alltag ist somit grundsätzlich nicht alltäglich.

Oder, noch einmal von der marxistischen Seite angesetzt: Alltag ist durchaus als theoretische Kategorie zu fassen. Dann würden wir ihn als eine Sphäre des scheinbar Selbstverständlichen, Natürlichen, verstehen müssen, das, was nötig zu sein scheint, was sich aus sachlichen Zwängen oder nicht hinterfragbaren Gepflogenheiten und Spielregeln zu ergeben scheint.



**Um ein tadelloses Mitglied
einer Schafsherde sein zu können,
muß man vor allem
ein Schaf sein.**

(Albert Einstein)

„So etabliert sich in der modernen Welt eine Alltäglichkeit, die den Erfordernissen gesellschaftlicher Praxis im Schein entspricht; tatsächlich hat sie sich aber „von oben“ installiert, durch die ausgeweitete Kapazität der Produktion und des Marktes“ (H. Lefebvre). Nur wenn wir somit den Alltag nicht als wertfreie Selbstverständlichkeit hinnehmen, können die Milieus entstehen oder bewahrt werden, in denen die infrapolitische Substanz für politische Einmischung sich entfalten kann. Damit stehen die Fragen der Arbeitsbeziehungen und -bedingungen, der Lebenskultur, der Bildung und Erziehung, ja alles sogenannten Privaten auf der Tagesordnung.

Und was nützen uns alle diese Überlegungen angesichts der geplanten Produktion des Eurofighters - um nur ein Beispiel zu nennen? Das meistgehörte Argument der Gegner dieses Luxusschrotthaufens ist ja, daß das viele Geld lieber für soziale und ökologische Zwecke ausgegeben werden sollte. Ich will auf dieses Argument hier nicht eingehen, obwohl es sicher eine Betrachtungsweise gibt, die es in seinem Wert einschränken könnte. Jedoch besitzt das Projekt Eurofighter einige Aspekte, die von seinen Protagonisten ins Feld geführt wer-

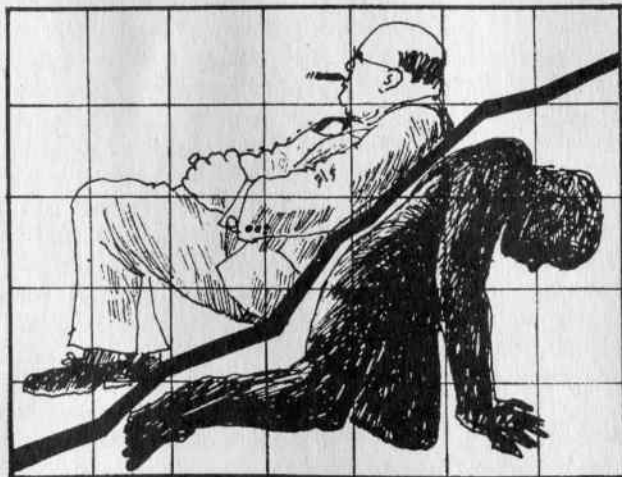
den können. Es hängen daran Arbeitsplätze, die theoretisch zwar irgendwie, jedoch praktisch in der vorhandenen Qualität und in kurzer Zeit kaum ersetzbar sind. Nicht nur der „soziale Friede“ ganzer Kommunen oder Regionen steht da auf dem Spiel, sondern auch die Erhaltung oder der Verlust von Fähigkeiten und Fertigkeiten, sowie von Kapazitäten im wissenschaftlich-technischen Bereich, die über Konkurrenzfähigkeit oder Rückschritt entscheiden.

Was zudem schnell vergessen wird, ist, daß Rüstung nach wie vor ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der kapitalistischen Wirtschaft ist. Der Staat hat sich immer als potenter und zuverlässiger Geschäftspartner erwiesen. Der Eurofighter ist im übrigen ein internationales Projekt. An ihm wird zu einem Teil die wirtschaftliche, technologische und militärische Zusammenarbeit und damit der Zusammenhalt der europäischen NATO-Staaten festgemacht. Gehen wir schließlich noch davon aus, daß nach dem herrschenden Weltbild auch in Zukunft möglichen Konflikten militärisch begegnet werden muß, so ist eine eigenständige Rüstungsproduktion für jedes Land oder jede Ländergruppe nötig, das, bzw. die sich vorstellen können, in einem zukünftigen Konflikt einmal eine Konfliktpartei darzustellen. Sollten beispielsweise (west-) europäische Interessen einmal massiv mit denen der USA oder Rußlands kollidieren, dann wäre man in einer peinlichen Lage, hinge man zu sehr von diesen beiden Haupt-Rüstungsexporturen ab.

Nun soll hier nicht für diese Todesvögel geworben werden. Worum es mir geht, ist dies: Unsere „Politik von unten“ ist vorwiegend defensiv. Da ist viel von „gegen“ und „anti-“ die Rede; gegen Atomraketen, Atomkraft, Eurofighter, Faschismus, Menschenrechtsverletzungen. Wir sind, so scheint es, die Reagierenden, den kaltblütig Agierenden immer auf den Fersen. Die Agierenden - das sind die anderen, die Ge-

stalter, die in Wahrheit oftmals die Zerstalter oder Verunstalter sind. Sie profitieren vom guten Ruf des Machens an sich, der Tat, der funktionierenden Macht, des mächtigen Funktionierens. Daß, wo gehobelt wird, auch Späne fallen, nimmt Volkes Mund in Kauf. Womit wir wieder bei den Milieus und den Selbstverständlichkeiten des „Alltags“ und des zugehörigen Alltagsbewußtseins wären.

Der Eurofighter zeigt, daß man ein einzelnes Projekt schlecht aus dem Zusammenhang herauslösen kann, in dem es quasi natürlicherweise entstehen mußte und stimmig ist. Besitzen wir jedoch eine Vorstellung eines andersgearteten gesellschaftlichen Zusammenhangs, in den ein solches Unding gar nicht hineinpassen



würde - wo es jederfrau und jedermann offensichtlich wäre, daß es da nur noch dysfunktional und störend wirkt?

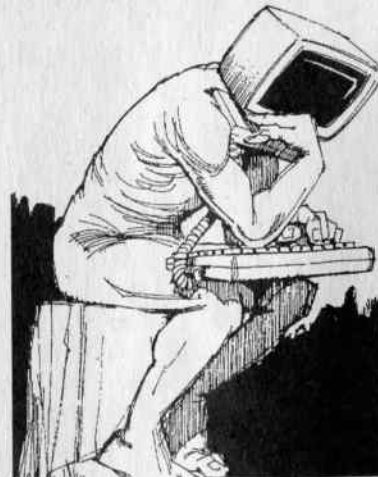
Allem Zeitgeist zum Trotz müssen wir weiterreichende und umfassendere Vorstellungen von einer Gesellschaft entwickeln, in der solche Rüstungsprojekte keinen Platz mehr haben. Die Situation, in der wir uns ewig als gesinnungsethische Nörgler abkanzeln lassen müssen, die sich ja der Kon-

sequenzen ihrer gutgemeinten Forderungen gar nicht bewußt wären, ist unbefriedigend und angesichts der Geschichte dieses Jahrhunderts und der gegenwärtigen Weltlage auch surreal. Mit fix-und-fertigen Programmen, die nur eine allwissende Partei noch umsetzen muß, mag wohl nichts werden, aber ohne alle Entwürfe und Programme auch nicht. Wir brauchen überzeugende Gegenentwürfe und feste Punkte, von denen aus wir entwerfen können; dazu zähle ich grundlegende Einsichten und Forderungen über Arbeit und Eigentum, die Verteilung von Macht und Lebensmöglichkeiten, sowie eine ökologisch überlebensfähige Gesellschaft.

Allerdings werden sich, wenn es nicht nur bei Gedankenspielen bleiben soll, unvermeidlich Machtfragen stellen - und sie stellen sich ja schon jetzt tagtäglich. Es könnte dabei auch geschehen, daß diese Machtfragen sich wieder einmal zu EINER Machtfrage verdichten, wie vor 80 Jahren in Rußland und wie nicht vor 20 Jahren in der BRD (West).

Aber es ist doch schon so, daß die Arbeit und der Kampf für eine menschlichere und ökologisch verantwortbare Zukunft nicht irgendwann in der Zukunft aufzunehmen ist, sondern

daß er auch in den kleinen oder größeren begrenzten Abwehrkämpfen, wie eben auch dem gegen den Eurofighter schon stattfindet.



Matthias Nauwerth

Was tun? Was lassen? Was denken?

Etwas weniger und mehr als eine Besprechung des Buches von Joachim Hirsch: „Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus“, Berlin 1995.

1 Über sozialistische Politik nachzudenken hieß immer zweierlei: Analyse dessen, was ist, und Suche nach konkreten Handlungsschritten und Zukunftsperspektiven. Die Theorie hat ihre Klassiker. Die Praxis hatte ihre Schwerpunkte: War es um die Jahrhundertwende die Hoffnung auf den revolutionären Sprung der Lohnabhängigen in ihre Befreiung, später die Siegesgewißheit im Vertrauen auf einen quasi naturgesetzlich sich vollziehenden Übergang in den Sozialismus, so hoffte man später auf die Bildung der unteren Schichten, die sich sodann auch praktisch emanzipieren würden. Gegenwärtig gibt es aus guten Gründen wenig Hoffnung auf die Errichtung einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft in überschaubarer Zeit. Weder auf die Revolution der Unterdrückten, noch auf ein ehernes Gesetz der Weltgeschichte, noch auf die Bildung der unteren Schichten läßt sich das, was werden soll, zwingend ableiten. Die Frage nach Programm und Zielen des Sozialismus und nach den Trägern (Subjekten) seiner Durchsetzung, ist also zur Zeit weitgehend unbeantwortet.

Gleichzeitig bleibt die Analyse und Bestandsaufnahme dessen was ist: Der Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Marktvermittlung

der Gesellschaftsmitglieder, ist destruktiv, unvernünftig, eine gesellschaftliche Organisationsform, die hinter den humanen Möglichkeiten der Menschen zurückbleibt und, in Horkheimers Worten, verhinderbares Leid systematisch produziert.

2 Die Frage ist nun: was tun, was lassen und was denken? An welchen Begriffen und Problemen gilt es heute weiterzudenken, wo ist Umorientierung nötig, wo hat linke Praxis einen Ansatzpunkt? In dieser Situation erscheint es mir sehr interessant, sich im Kreise derer, die auch heute noch an Theorie und Praxis linker Politik arbeiten, einmal umzuschauen. Ich denke hier an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Joachim Hirsch, Oskar Negt, Elmar Altvater, Frank Deppe, Georg Fülberth, Frigga und Fritz Haug, aber auch Franz Hinkelammert oder den Theologen Ulrich Duchrow. Wenn man dies tut, wird man zweierlei feststellen: zum einen, daß da kein großer Wurf ist, kein Aufruf zur letzten Schlacht, keine Megatheorie für die revolutionäre Praxis. Und doch, eine Richtungsbeschreibung läßt sich ausmachen, ein roter Faden, der sich bei aller Unterschiedlichkeit durch die Analyse vieler Au-

torinnen und Autoren hindurchzieht. Zentral ist der Begriff Demokratie.

3 In der Vergangenheit wurde die kapitalistische Wirtschaftsform gerechtfertigt mit dem Verweis auf ihre Leistungsfähigkeit: sie galt als Mittel, mit dem Wohlstand und Fortschritt unter demokratischen Bedingungen erreichbar seien. Charakteristisch für die Gegenwart ist, daß der Kapitalismus heute nicht mehr mit Verweis auf seine Qualitäten gerechtfertigt wird, sondern mit Verweis auf seine Alternativlosigkeit. Kapitalismus ist Schicksal. Was immer er uns bringt, er ist wie ein Naturereignis, einfach da und alternativlos. Die Reflexionen dieser Situation seitens der linken TheoretikerInnen bezieht sich immer wieder auf die damit verbundene faktische Entdemokratisierung durch die vermeintliche Übermacht wirtschaftlicher Bedingungen. Demokratie ist in Frage gestellt, wenn wirtschaftliche Sachzwänge diktatorisch Anpassung verlangen und wir daher – leider, leider – soziale Leistungen um des lieben Standortes Willen abbauen müssen. Die Konservativen nennen das Reformbereitschaft. Nicht nur Oskar Lafontaine hat darauf hingewiesen, daß dieser Begriff damit geklaut und in sein Gegenteil verkehrt wurde.

4 Joachim Hirsch ist Professor für Politikwissenschaft in Frankfurt, war wichtiger Mitarbeiter im Sozialistischen Büro und in der Zeitschrift „links“ und engagiert sich heute u.a. im Vorstand von Medico International. In seinem Buch „Der nationale Wettbewerbsstaat“ hat er den Aspekt der Entdemokratisierung entfaltet, verbunden mit einer sehr grundlegenden Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus. Seine Ausführungen sind keine leichte Kost, daher auch hier nicht in Kürze referierbar. Ich will aber einige Aspekte skizzieren, weil ich sie für interessant halte und vielleicht hier und

da zur konzentrierten Lektüre diese Buches animieren kann.

Laut Hirsch ist der Kapitalismus grundsätzlich weiterhin mit Marx und seiner Theorie der politischen Ökonomie zu begreifen und zu analysieren, auch in seinen gegenwärtigen Ausprägungen. Er fußt auf Ausbeutung und die Logik der privaten Kapitalakkumulation verändert permanent die Gesellschaft und revolutioniert ihre Gestalt. Aber in der Tat scheint dem Kapitalismus keine selbstzerstörende Logik innewohnen, wie dies von den sozialistischen Klassikern immer vermutet und erhofft wurde. Er ist trotz aller Krisen stabiler denn je. Hirsch analysiert nun soziologisch: Die Klassenkämpfe haben sich verändert. Auf der einen Seite gibt es so etwas wie eine international verbundene Kapitalistenklasse, die in einem engen Kooperationsverhältnis mit den Staatsapparaten steht, im Interesse an optimalen Standortbedingungen. Angesichts ihrer nationalstaatlichen Trennungen fehlt ihr zwar eine übergreifende politische Form, aber sie kennt sehr gut ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen.

Auf der anderen Seite sind diejenigen, gegen die der Kampf geführt wird, heillos zersplittert. Die mexikanische Ingenieurin, der französische Betonbauer, der portugiesische Tagelöhner, der chilenische Lehrer und die deutsche Computersoftwarespezialistin gehören zwar einer Klasse an, aber scheinen durch Welten voneinander getrennt, obgleich ihr Schicksal über ein und denselben Weltmarkt bestimmt wird und enger denn je miteinander verflochten ist. In politischer Hinsicht ist es daher sinnlos, von einer internationalen Klasse der Lohnabhängigen zu sprechen. Diese Klasse wird unsichtbarer, je härter der Klassenkampf tobt. An die Stelle von Barrikaden sind Expertenschlachten und grüne Tische getreten. Der Gegner ist ein anonymes System von Sachzwängen, das scheinbar un-



abhängig vom Willen der Individuen ihnen als fremde Macht gegenübertritt. Dieses System fordert bei Strafe des wirtschaftlichen Ruins und der Abwanderung von Arbeitsplätzen von den Einzelnen, von Regionen und Nationalstaaten die völlige Unterwerfung unter seine Verwertungsinteressen. Die Eigenlogik kapitalistischer Produktion mit ihrem nun herausgebildeten Weltmarkt wird zu einem totalitären Zwangszusammenhang, zu einem Diktator, dem Tribut gezollt werden soll. Das heißt: aus den Funktionsgesetzen kapitalistischen Wirtschaftens entspringt ein antidemokratischer Totalitarismus. Der soziale Wohlfahrtsstaat wandelt sich zum nationalen Wettbewerbsstaat.

Für einen linken Politikansatz rückt daher, so Hirsch, zunächst und in erster Linie die Frage der Demokratie ins Zentrum der Aufmerksamkeit, also die Frage nach der Selbstbestimmung von Menschen und deren Voraussetzungen. Es geht aus Interesse an der Demokratie um die Aufhebung jener Verhältnisse, in denen der Mensch ein „elendes, erniedrigtes und geknechtetes Wesen ist“. Aber notwendige Veränderungsprozesse sind in dieser Situation nun keine Angelegenheiten von Generalstäben,

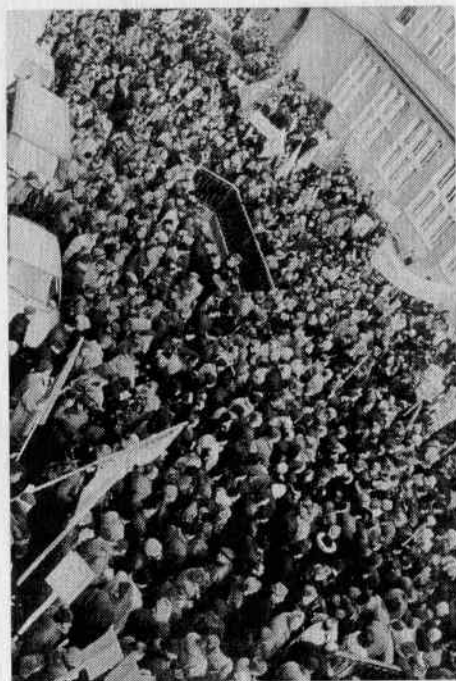
sondern resultieren aus der Verdichtung von Widersprüchen und Konflikten, die sodann zu kollektiven Lernprozessen führen können.

Entscheidend ist zunächst, daß rebellisches Bewußtsein nicht erstickt und daß es nicht in nationalistischer, rassistischer oder wohlstandschauvinistischer Regression versinkt. Dann bleibt zumindest die Möglichkeit, daß in und durch die konkreten Auseinandersetzungen hindurch Lernprozesse in Gang kommen und Gemeinsamkeiten erkannt werden, die sodann höchst politisch werden können. Denn, so seine These, auch und gerade heute ist das kapitalistische Herrschaftsverhältnis verwundbar, und zwar, weil das Kapital abhängig ist von der Bereitschaft der Gesellschaft, sich seinen Bedingungen anzupassen. Die kapitalistische Ordnung der ökonomischen Sphäre bedarf nämlich immer wieder veränderter Rahmenbedingungen, um existieren zu können. Sie ist insofern von der Herstellung dieser Rahmenbedingungen abhängig, in die sie eingebettet ist und die außerhalb ihrer selbst entstehen – oder eben nicht. Dies macht Hirsch mit Hilfe der Regulationstheorie verständlich, die man sich beim Lesen des Buches noch nebenbei an-

eignen kann und damit ein nicht uninteressantes analytisches Instrumentarium für das Verständnis gesellschaftlicher Prozesse in die Hände bekommt. Kurz gesagt meint Hirsch folgendes:

5 Jeder Epoche der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung entspricht eine gesellschaftliche Regulation, die eben jene Form der Produktion sichert. Regulation ist die konkrete historische Form, in der sich das von Marx analysierte allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation durchsetzt. Der Staat ist deren institutionelles Zentrum. Regulation bedeutet die Herstellung von sozialen Beziehungen und die vorübergehende Festschreibung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen durch die bestehenden gesellschaftlichen Gegensätze und Widersprüche hindurch. Dies geschieht durch ein komplexes System von Interessenspaltungen und sozialen Ausgrenzungen, durch das im Ergebnis die gegensätzlichen Interessen sozialer Klassen und Gruppen so geformt, kanalisiert und miteinander verbunden werden, daß sowohl der Zusammenhalt der Gesellschaft als auch die Vereinbarkeit der sozialen Handlungen mit den Bedingungen der Kapitalverwertung gewährleistet bleiben.

Vereinfacht gesagt ist die Regulationsweise das, was „die Wirtschaft“ an staatlichen, politischen, juristischen, kulturellen Bedingungen braucht, um erfolgreich zu sein, also Kapital zu akkumulieren. Zu diesen Bedingungen gehören auch Werte und Haltungen der Menschen, ihre Einstellungen und ihre Bereitschaft zur Anpassung an die gerade aktuellen Erfordernisse des Wirtschaftslebens. Die Herstellung dieser gesellschaftlichen Bedingungen erfolgt in politischen Kämpfen in der Gesellschaft um Hegemonie, d.h. im Kampf um die Macht, eine bestimmte Vorstellung von gesellschaftlichen Verhältnissen und bestimmten Lebensformen durchzusetzen, hierfür Ak-



Aktionstag der Arbeitslosen im Februar 1998 in Berlin

Fotos: Umbruch-Bildarchiv

zeptanz zu schaffen. Die Menschen müssen letztendlich einverstanden sein damit, daß ihr Leben heute von mehr Selbstverantwortung, Eigenbeteiligung, Flexibilität, „engeren Gürteln“, zunehmendem Wettbewerb, höheren Leistungen, weniger Einkommen geprägt ist als früher. Sie müssen ja ihren abnehmenden Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, die immer tieferen Klassengegensätze in der Gesellschaft, fünf Millionen Arbeitslose und soviel Millionäre wie nie – sie müssen all das mittragen. Diese Herstellung von Akzeptanz und Anpassungsbereitschaft ist das Resultat politischer Kämpfe um Hegemonie, also um die Fähigkeit, die Meinungen, Haltungen, Ansichten, der Bevölkerung wesentlich zu prägen. Kurz: Regulation ist der Zuschnitt einer Gesellschaft in all ihren Teilbereichen

auf die Bedingungen, die das Kapital zu einem jeweiligen Zeitpunkt braucht.

Fordismus nannte man die Regulationsform der vergangenen Epoche, die bis Mitte der siebziger Jahre dauerte. Diese Regulationsweise ist zerbrochen und die neue Form der Regulation ist umkämpft. Postfordismus ist der Begriff für diese Situation des Übergangs, in der wir uns befinden. Was wir demnach zur Zeit erleben ist eine Art Kampagne um die Zustimmung und Akzeptanz der Bevölkerung für die Veränderungen der Bedingungen ihres Lebens, da sich die Struktur des Kapitals im Zusammenhang mit seiner Globalisierung verändert hat und nun neue Bedingungen benötigt und fordert. Und in der Tat ist noch jede Rede des Bundespräsidenten, jede Regierungserklärung des Kanzlers ein Appell an die Bürgerinnen und Bürger, sich zu verändern, flexibel zu zeigen, um den neuen Herausforderungen, den neuen Bedarfen der Wirtschaft, zu entsprechen. Die Politik der Konservativen in den Industriestaaten war und ist immer in erster Linie die Organisation dieser Anpassung „der Gesellschaft“ an die sich verändernden Anforderungen des Kapitals.

6 Hirschs These angesichts dieser konstatierten Abhängigkeit der kapitalistischen Produktionsweise von gesellschaftlichen Anpassungsvorgängen ist nun: Eine antikapitalistische Revolution war theoretisch noch nie so leicht wie heute, da das Kapital von eben dieser Zurichtung der Gesellschaft auf seine Bedingungen abhängt. Das Kapital ist sozusagen hochempfindlich und darin schwach. Praktisch sind die Menschen allerdings kaum in der Lage, über den Tellerrand ihrer Alltagszwänge hinauszublicken und ein Gespür dafür zu entwickeln, welche Möglichkeiten ihnen fortwährend genommen werden und welche Macht sie haben. Und doch ist hier für ihn ein praktischer Ansatzpunkt für linkes

politisches Handeln: Die (massenhafte) Verweigerung, die Beendigung des ganz alltäglichen Mitmachens, das praktisch werdende Bewußtsein, sich nicht mehr alles zumuten zu lassen, könnte das Räderwerk dieses Systems schnell zum Entgleisen bringen. Die subversive Aktion kleiner Einheiten, deren Verweigerung, Protest und Ausstieg, so Hirschs Behauptung, destabilisieren das kapitalistische System, das von der Integration aller in sein Netzwerk lebt.

Daher geht es ihm darum, auf allen Ebenen, in und insbesondere außerhalb der Institutionen, sich den jeweils neuen Erfordernissen kapitalistischer Verwertungsbedarfe nicht blind und schicksalsergeben anzupassen. Gegen die Zurichtung der Gesellschaft auf die neuen Herausforderungen, sei es durch Sozialabbau, Lohnkürzungen, Arbeitsverdichtung, lean production, Entlassungen gilt es sich zu sperren, subversiv zu werden, nein zu sagen, seinen Unwillen zu artikulieren und in Protest münden zu lassen, Widerstand zu organisieren und demokratische Entscheidungen (!!) zu fordern. Gegen die konservative Hegemonie, die mit Verweis auf wirtschaftliche Sachzwänge eine gesellschaftliche Anpassung an die Kapitalinteressen durchsetzen will, gilt es, diese Hegemonie zu brechen, indem der Marktfeudalismus als solcher benannt und mit Demokratieforderungen traktiert wird. Denn wir haben es mit einem schleichenden Prozeß der Entdemokratisierung durch normale konservative Politik zu tun.

Diese dadurch neu entstehende demokratische Frage ist es, die die Menschen, bei aller Unterschiedlichkeit und politischen Ausrichtung, zusammenführen kann: sowohl der Betonbauer wie auch die Softwarespezialistin und der Lehrer spüren den demokratielosen Feudalismus wirtschaftlicher Macht und sind Forderungen nach mehr Demokratie prinzipiell zugänglich. Bis weit in die politische Mitte hinein ist der

Marktdespotismus spürbar und die Forderung nach Redemokratisierung einer entdemokratisierten Wirtschaftsgesellschaft daher prinzipiell konsensfähig. In diesem Zusammenhang begreift Hirsch sodann die Ausdifferenzierung der Lohnabhängigen, ihre Dezentralität und Vielgestaltigkeit als eine Chance. Sie ermöglicht es, daß Unmut über die Totalität kapitalistischer Marktlogik auf allen Ebenen der Gesellschaft zu Unbehagen, Unmut und der Bereitschaft führen kann, nicht mehr mitzumachen und für Alternativen offen zu sein.

7 Die Alternative entsteht im Prozeß und wird von Joachim Hirsch nicht als Vorschlag anempfohlen. Für sie gibt es keine Blaupausen und Konzepte, die nur noch zu implantieren wären. Es sind die Widersprüche und Krisen des Systems selbst, die zum Bezugspunkt werden, an denen praktischer Widerstand und theoretische Kritik entsteht, nicht der fertige Bauplan einer neuen Gesellschaft.

Klar scheint zu sein: Die sozialen Standards und Arbeitsrechte werden als vermeintlich untragbare Hypothesen angegriffen und sollen beiseite geräumt werden. Zunächst kann es einer Linken daher nur darum gehen, hier die Selbstverteidigung zu stärken und in diesen Abwehrkämpfen Kompromisse auf nationalstaatlicher Ebene zu erreichen. Sodann geht es darum, internationale Kooperation zu gestalten und zu bauen. Das Ziel ist die Rückholung der Entscheidung über die Gesellschaft in die Gesellschaft. Dies kommt einer massiven Infragestellung der kapitalistischen Produktionsweise gleich, denn sie braucht die Abwesenheit von demokratischen Entscheidungen.

8 Linke Politik ist also weiterhin darauf gerichtet, dafür Sorge zu tragen, daß erwirtschafteter gesellschaftlicher Reichtum zu allgemeiner Wohlfahrt führt, statt die

Gesellschaft in Klassen zu spalten. Da dies der freie Markt nicht leistet, galt und gilt es, ihn zu begrenzen, zu kontrollieren oder abzuschaffen. Einsichtig wird diese Forderung über die zunehmende Fremdbestimmung, die so viele durch den Marktfeudalismus im Wettbewerbsstaat erfahren und die gegen das verstößt, was in unserer Gesellschaft weitgehend konsensfähig ist: Demokratie.

Das heißt: Die Linke, die zur Zeit ohne ein alternatives gesellschaftliches und politisches Modell auskommen muß, die ihre Zukunft aus dem Besonderen entwickeln, statt aus dem Allgemeinen abzuleiten hat (O. Negt), findet in der Entdemokratisierung der modernen Gesellschaft einen Ansatzpunkt für ihr Denken und Handeln. Die Durchflutung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens mit Demokratie ist ihr politisches Ziel, das zugleich über die politischen Lagergrenzen hinaus prinzipiell mehrheitsfähig- und antikapitalistisch ist.

9 Joachim Hirsch ist mit manchem, was er hier schreibt, in der Nähe dessen, was auch bei Autoren wie z.B. Ulrich Duchrow nachzulesen ist, der in kirchlichen Kreisen doch einige Bekanntheit genießt. Wer Autoren wie ihn kennt, erhält mit Hirsch, zumindest in Teilbereichen, eine politikwissenschaftliche Unterfütterung westmarxistischer Prägung.

10 Hirschs Buch ist, wie ich meine, bildend und inspirierend für Menschen, die sich mit linker Politik, ihren Bedingungen und Möglichkeiten beschäftigen, wenn ich ihm auch nicht uneingeschränkt zustimme. Doch meine Kritik an einzelnen Aspekten seiner Ausführungen behalte ich an dieser Stelle für mich.

Albert Petersen

14 Tage in Nordkorea – ein Reisebericht

Vom 6. bis 20. September 1997 bereiste Albert Petersen im Auftrag verschiedener kirchlicher Hilfsorganisationen Nordkorea, die „Demokratische Volksrepublik Korea“. Albert Petersen ist Leiter der Medikamentenabteilung des Deutschen Institutes für Ärztliche Mission (DIFÄM) in Tübingen. Der Reisebericht wurde mit seiner Genehmigung für CuS von der Redaktion gekürzt und leicht bearbeitet. Den LeserInnen von CuS gibt Albert Petersen mit seinem Bericht einen Überblick über Staatsideologie, Landwirtschaft und Gesundheitssystem in Nordkorea aus der Sicht eines kirchlichen Entwicklungshelfers.

Eindrücke während der Fahrten außerhalb der Hauptstadt

Man findet sehr viele defekte LKWs, einmal habe ich innerhalb von 45 Minuten 15mal gesehen, daß eifrig repariert wurde: Der Not gehorchend auf 3 Steinen aufgebockt, so daß die Reifen an der Straße geflickt werden können etc. Sehr häufig fehlt mindestens einer der Doppelreifen. Lichtanlagen, auch bei den Bussen, sind fast alle außer Betrieb. Die Fernstraßen sind größtenteils in gutem Zustand (von Pjöngjang nach Hyangsan in den Norden ist eine überdimensionale Autobahn gerade fertiggestellt – nur die Autos fehlen). An den Straßenrändern gibt es häufig lange Streifen mit blühenden Sommerblumen (von den vielen Menschen, die hier ständig entlanglaufen, sorgsam gepflegt). An sämtlichen Einfahrtsstraßen in die Hauptstadt finden Kontrollen statt. Der Aufenthalt in der Stadt ist genehmigungspflichtig und zeitlich begrenzt. Auf diese Weise wird dem unkontrollierten Zustrom – wie man dies aus anderen Ländern kennt – entgegengewirkt. Alle anderen Provinzen dürfen bereist werden – allerdings auch hier mit einer Genehmigung, die wohl sehr leicht zu erhalten ist.

Im Sommer gibt es sehr hohe Emissionen in der Stadt (es ist nicht möglich,

bei offenem Fenster zu arbeiten), mangels Filteranlagen an den Fabrikschornsteinen, oft auch wegen vorübergehender Stromsperrungen oder Wassercuts.

Der Mais wird am Seitenstreifen der Straße zum Trocknen ausgebreitet, die gelben Streifen sind ein schöner Anblick. Die Maisfelder werden sofort nach dem Einholen des Maisstrohs (mit Ochsenkarren) wieder mit Gemüse und Salat bestellt. Vor allem auf der Fahrt nach Chongdan durch die Hauptanbauggebiete fiel mir auf, daß sehr viele Menschen mit einfachsten Handgeräten und Ochsenpflügen die Felder eifrig abernteten, neu bestellten oder Wildpflanzen entfernten. Die gleiche Emsigkeit auch bei der Reparatur der Straßen oder der Befestigung des Bahndammes. Selbst kleinere Kinder sind dabei und bringen größere Steine mit einfachsten Handkarren heran. Unterwegs entdeckte ich auch verschiedentlich neue Häuser. Geheizt werden diese Häuser nur über den Küchenherd (also nur ein Zimmer, vielleicht auch das angrenzende), alles andere bleibt im Winter kalt – und das über 2 Monate hinweg bei Temperaturen von -20 bis -30°C!

Nicht selten sah ich an den Weg- und Feldrändern vor allem ältere Frauen, die Pflanzen suchten und in Säcken auf dem Rücken nach Hause trugen. Zum Teil wohl

Heilpflanzen, zum Teil aber auch Nahrungsmittel. Der Boden um das Haus herum wird für eigene Zwecke intensiv genutzt. Vor allem die Häuser in den Dörfern sind meistens mit Rankegewächsen (Kürbis und Bohnen) total überwuchert, auf den Dächern leuchten in diesen Tage zum Trocknen ausgelegte knallrote Pfefferschoten oder gelbe Maiskolben.

Am Straßenrand stehen häufig große Gemälde, die zeigen, daß der „große Führer“ die Menschen an der Basis besucht hat, zum Beispiel die Reisbauern oder die Fabrikarbeiter.

Staatsideologie

Kim Il Sung prägte eine besondere Staatsideologie, die sogenannte „Juche-Ideologie“: der Mensch, das Land vermag alles aus sich selbst. Dies führt einerseits natürlich zur intensiven Besinnung auf die eigenen Möglichkeiten, zur Bewältigung diverser Probleme und infolgedessen auch zu auf das Land zugeschnittenen Lösungen, aber es führt auch in Abkapselung und Abschottung. Deutlich wurde mir dieses z.B. auch beim Besuch des Palastes der Völkerfreundschaft in Hyangsan, wo über 200.000 zum Teil unbeschreiblich kostbare und schöne Dinge aufbewahrt werden, die der ehemalige Führer Kim Il Sung aus den verschiedensten Ländern als Geschenk erhalten hatte. Diese Artikel werden in prunkvollen Marmorsälen, nach Kontinenten und Ländern geordnet, aufbewahrt, unter anderem zwei Original-Eisenbahnwagen (Geschenke von Mao und von Stalin). Zitat: „Andere geben viel Geld aus, um die Kultur in fernen Ländern kennenzulernen. Wir haben alles hier konzentriert und brauchen deshalb nicht zu reisen.“

Ich erlebte mehrfach, wie sehr die Menschen diesen Führer und diese Ideologie verehren, ja, ihn in einer religiösen Form ehren, auch noch 3 Jahre nach seinem Tod. Alles, was Kim Il Sung und sein

Sohn Kim Jong Il (er ist auch nach Beendigung der dreijährigen Trauerzeit bisher noch nicht öffentlich aufgetreten) sagen und anordnen, wird befolgt. Diese Anordnungen versteht man als Anweisungen des „Großen Führers“, der das Volk weit-sichtig aus den Problemen hinausführt. Und dies kann auch positive Auswirkungen haben. Infolge der Flutkatastrophe berichtete die Weltpresse von einem Typhusausbruch in der DVR-Korea. Ein WHO (World Health Organisation, Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen) -Team flog ein und forschte nach, konnte aber keinen einzigen Fall dokumentieren. Der Führer hatte nämlich vor dem Wasser gewarnt und das Volk zum Abkochen angehalten – und alle hatten es befolgt.

Ein zweites Beispiel: Ich sah an verschiedenen Stellen, vor allem auf Fabrik-geländen, Menschen, die mit Handgeräten Tonziegel formten, um letztlich „Green Houses“ zu bauen. Nach einigem Rätselraten und Entdecken einiger fertiger Gebäude war mir klar, um was es sich handelte: Gewächshäuser. Diese Empfehlung kam von „ganz oben“ und ist äußerst sinnvoll, denn dadurch kann die kurze zum Anbau von Nahrungsmitteln nutzbare Zeitperiode (150 bis 180 Tage im Jahr) bedeutend gestreckt werden.

In vielen Gesprächen gewann ich den Eindruck, daß diese zentrale Ordnung, die Staatsideologie sehr stark im Volk verwurzelt ist – auch wenn sie, jedenfalls nach unserem Dafürhalten, kaum Raum für Individualität und Spontaneität läßt.

Transportsysteme

In der Stadt existiert ein öffentliches Personenbeförderungssystem. Es gibt Busse und Trolleys (mit sehr hohen technischen Ausfällen), Straßenbahnen (ständig überfüllt) und zwei Metrostrecken. Die Metrostationen liegen 100 Meter unter der Erde, die Hallenwände sind kunstvoll ge-

staltet (z.B. Mosaikreliefs). Die Eisenbahn funktioniert – ob pünktlich, kann ich nicht beurteilen, aber ich hörte sie von meinem Hotelzimmer aus auch sehr häufig nachts. Die Transsibirische Eisenbahn endet in Pjöngjang ! Eine Halbjahreskarte für das Stadtnetz kostet 15 Won (= ca. 10 DM); das durchschnittliche Monatsgehalt liegt bei 100 bis 300 Won.

Naturkatastrophen

Hagel 1994: Ein enormer Hagel vernichtete fast alle Vorräte, sehr viele Ziegen wurden durch die großen Hagelkörner getötet.

Flutkatastrophen 1995/1996: Im Normalfall fallen in der DVR-Korea im Jahr 1.000-1.500 mm/qm Niederschlag. In diesen beiden Jahren gingen an einem einzigen Augusttag Regenmengen bis zu 700 mm nieder. Das Land ist zu 80% mit Gebirge bedeckt. Und von hier strömte es flutartig in die Niederungen, so daß viele Flüsse über die Ufer traten, Staudämme brachen, Dörfer und fruchtbare Felder durch Schlamm und Geröll zerstört wurden. Ich sah Auswirkungen in der Nähe von Utpa im Südwesten, wo einige Brücken schon wieder neu errichtet, aber die Felder immer noch nur bedingt bebaubar sind.

In Pjöngjang selbst konnte nur ein massiver Personaleinsatz mit Sandsäcken verhindern, daß der Tae-Dong über die Ufer trat. In Uiju nahe Sinuju wurden zwei Pharmafabriken von den Wassermassen zerstört, ebenso die Anlagen, die Chlorkalk zur Trinkwasserreinigung produziert hatten. Die Überschwemmungen führten zu starken Kontaminierungen der Trinkwasserservois – bis zum heutigen Tag ist die Versorgung mit sauberem Trinkwasser eines der Hauptprobleme des Landes, das auch vor der 2,2 Millionen Hauptstadt nicht Halt macht.

Die Nahrungsmittelreserven wurden größtenteils vernichtet. Viele Kinder und äl-

tere Menschen hungerten, und nicht wenige verhungerten. Deshalb wurde 1995 zum ersten Mal in der Geschichte der Republik ein Hilferuf an die internationale Öffentlichkeit gerichtet. Er fand Gehör.

Internationale Hilfe, z.B. durch WFP (World Food Program), UNDP (United Nations Development Program) und ACT/DDW (Action Churches Together / Diakonie – Katastrophenhilfe), konnte die Lage ein klein wenig stabilisieren. Saatgut- und Düngelieferungen sowie die Einführung des double-crop-systems (2 Ernten im Jahr) versprachen eine Verbesserung. Der Direktor des FDRC (Flood Damage Rehabilitation Committee der koreanischen Regierung) äußerte mir gegenüber mehrfach große Anerkennung und Dankbarkeit für all diese Unterstützungen, die ja auch über das Diakonische Werk der EKD bzw. ACT (Action Churches Together) getätigt wurden. Auch die Regenmengen Anfang 1997 deuteten auf eine Normalisierung hin. Kenner prognostizierten eine für die bescheidenste Grundversorgung der Menschen ausreichende Nahrungserzeugung für 1997. Doch Naturkatastrophen in diesem Jahr machten alle Hoffnungen zunichte.

Dürre: 1997 regnete es bis zum April normal, im Mai sogar überdurchschnittlich stark. Man erwartete deshalb starke Niederschläge bis in den Sommer hinein (das wäre für die Regenzeit normal) und hielt die Wasserpegel in den Auffangbecken künstlich niedrig. Ab Mitte Juni setzte dann jedoch eine Dürre ein (vor allem von Juni bis August braucht die Landwirtschaft das Wasser für den Mais und auf den Reisfeldern). Die Niederschlagsmengen sanken bis Ende September auf 14 bis 40 %. Dadurch ist der Mais weitgehendst vertrocknet, die Bewässerung der Reisfelder zum Teil nicht mehr möglich. Hinzu kam eine Steigerung der Durchschnittstemperatur um rund 8°C gerade in den für die Nah-

rungsentwicklung kritischen Monaten Juni und Juli.

Diese Dürreperiode ist die erste nach 60 Jahren; sie steht in direktem Zusammenhang mit der Warmwasserströmung im Südpazifik mit dem Namen El Niño, die auch Papua-Neuguinea, Indonesien, Nordkorea und Südchina in diesem Jahr eine außerordentliche Trockenheit brachte und in Chile und Peru zu Überschwemmungen führte.

Taifunausläufer 1997: Vom 18. bis 22. August 1997 wütete ein Taifunausläufer (Winnie) vor allem in den landeswichtigen Agrargebieten an der Westküste – der erste nach 74 Jahren. Auf etwa 200 km Küstenlänge überzog eine bis zu 6 m hohe Flutwelle die fruchtbaren Reisfelder 5 km tief mit Salzwasser. Wasserproben ergaben einen Salzgehalt von 30/1000; der Salzgehalt von Seewasser liegt bei 35/1000, also nur unwesentlich höher als der auf den Reisfeldern ermittelte Wert. Es wird viele Jahre dauern, bis diese Felder wieder salzfrei gewaschen sind – sofern das überhaupt möglich ist. Diese Flächen scheiden also als Nahrungsspender für mehrere Jahre aus. Viele Häuser in Küstennähe, vor allem in den Kreisen Anju und Mundok, wurden zerstört, einige Tausend Menschen wurden obdachlos. Die Armee wurde mobilisiert, um provisorische Unterkünfte und Nahrungsmittel bereitzustellen.

Nahrungsmittel und Landwirtschaft

Mais: Auf rund 650.000 Hektar wird Mais angebaut. Er blüht Mitte Juli und braucht gerade in dieser Zeit konstante Niederschläge. Unter guten Boden- und Wettervoraussetzungen kann eine Erntemenge von 3,5 t/ha erwartet werden. Auf etwa 160.000 Hektar ist der Mais total vertrocknet, der Verlust wird nach ersten Schätzungen auf 1,25 Mio. Tonnen beziffert (= 50 % des erwarteten Ertrags); ein

amerikanischer Agrarexperte schätzte kurz vor meiner Abreise den Verlust auf sogar 70%.

Reis: Reis wird auf rund 600.000 Hektar angebaut. Die Ernteaussicht liegt unter optimalen Bedingungen bei bis zu 4 t/ha. Bei einer WFP/FAO-Inspektion der Felder Mitte August wurden nur 420.000 ha in Normalzustand vorgefunden, 90.000 ha mit fast trockenen Wasserreservoirs (falls kein Regen fällt, wird Totalausfall befürchtet: 360.000 t), 60.000 ha mit bereits bis zu 5 cm tief ausgetrockneten Böden (Totalausfall: 240.000 t); 30.000 ha Boden waren völlig ausgetrocknet, darauf ist keinerlei Ernte möglich (Ausfall: 120.000 t). Hinzu kommen letztlich die 30.000 ha Reisfelder, die das Salzwasser zerstört hat (Ausfall 120.000 t). Noch liegen die Ernteergebnisse nicht vor, es wird jedoch ein Gesamtausfall von rund 840.000 Tonnen Getreide befürchtet.

Ein Teil der Verluste läßt sich auffangen durch die Ernte von Kartoffeln, Gerste und Weizen. Hierfür gibt es jedoch nur kleine Anbauflächen. Die geschätzten Erntemengen decken etwa 50% des Bedarfs. Nahrungszukäufe aus Nachbarländern sind aufgrund politischer Barrieren und mangels Devisen zum Erliegen gekommen. Der letzte Jahr florierende Kleinhandel (oft Tauschhandel: Nahrung gegen Güter wie Schrott-Teile etc.) unter den Bewohnern der nördlichsten Kreise und der angrenzenden Südprovinzen Jilin und Liaoning in China hat 1997 stark abgenommen, da die Dürre auch in Südchina zu großen Ernteinbußen führte.

Fleisch soll normalerweise 1x im Monat zugeteilt werden, außerdem zu besonderen Anlässen. Am Vorabend der Jahresfeier der Republik sah ich in den Straßen viele Koreaner mit gefüllten Tragetaschen, angeblich mit Sonderrationen zum Fest. Jedoch – Fleisch gibt es schon seit langem nicht mehr. In den Hotels oder Restaurants, in

dem mit Devisen-Won bezahlt werden muß, spürt man von solchen Engpässen jedoch kaum etwas.

Vor einigen Monaten wurde den Farmern erlaubt, eigene Schweine zu halten; auch sieht man zunehmend kleine Ziegenherden.

Nur geringer internationaler Handel

Das Land ist reich an Bodenschätzen, bietet z.B. viele auf dem Weltmarkt wichtige Erze. Früher wurden auch Textilien und Fisch in großen Mengen exportiert. Doch der Handel mit anderen Ländern ist fast

Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahreszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 30,- (Ausland DM 35,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 40,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 90,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 30,- sind steuerlich absetzbar.

An BRSD: c/o Martina Ludwig, Hohensteiner Straße 12, 09117 Chemnitz

☐ Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

☐ Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

☐ zum Bezugspreis von DM 30,- (Ausland DM 35,-) im Jahr,

☐ zum Förderpreis von DM im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis

Heft Nr.: /bis auf Widerruf für

Name
und
Anschrift:

☐ zum Bezugspreis von DM 30,- (Ausland DM 35,-) im Jahr,

☐ zum Förderpreis von DM im Jahr

BestellerIn:

Datum: Unterschrift:

zum Erliegen gekommen, da die bisherigen Partner in den früher sozialistischen Ländern (Ostblock) nicht mehr existieren. So gibt es kaum Möglichkeiten, an wichtige Devisen heranzukommen.

Die Landesideologie besagt im Kern, daß der einzelne Mensch und das Land alles aus sich selbst heraus leisten können. Das führt dazu, daß alle versuchen, das Land möglichst unabhängig zu halten: ich sah z.B. selbstentwickelte und zum Teil nachgebaute Anlagen in der pharmazeutischen Fabrik – früher kamen die Geräte aus Europa. Es ist auch bezeichnend, daß in der Diskussion um die Ozon-Generator-Technologie zur Trinkwasseraufbereitung betont wurde, man wäre auch schon glücklich über eine kleine Anlage, man würde dann weitere selbst bauen können.

Hunger und Unterernährung

Laut UNICEF (United Nation Children's Fund, Weltkinderhilfswerk der Vereinten Nationen) sind in der DVR-Korea zur Zeit etwa 1,5 Mio. Kinder unter fünf Jahre alt. Von ihnen sind etwa 250.000 unterernährt. Eine aktuelle Erhebung zur Unterernährung wird zur Zeit von UNICEF ausgewertet.

Ich selbst sah nur wenige Anzeichen von Unterernährung: manchmal starke Hautfalten bei Kindern an den Handrücken, manchmal Veränderungen der Haarfarbe; aber sehr häufig beobachtete ich eine allgemeine Schwäche. Ein von einer Norwegerin aufgenommenes Video und auch der aktuelle Fernsehbeitrag des Schweizer Korrespondenten Raemi zeigen, daß vor allem in kleineren Kliniken und

Waisenhäusern weit außerhalb der noch einigermaßen gut versorgten Hauptstadt gehungert wird. Wegen der leeren Lagerhäuser und der jetzt erst beginnenden Ernte (die noch dazu sehr gering ausfällt) ist rein rechnerisch schon klar, daß die Nahrungsmittel nicht ausreichen.

Im Gespräch mit dem Vizepräsidenten für Auswärtige Angelegenheiten der Südhungsan-Provinz kamen wir auf die Ernährungslage zu sprechen: Es gebe Bemühungen, an die Werktätigen und die Farmer 400g Reis am Tag auszuteilen (meine Frage, was denn die anderen bekommen, blieb unbeantwortet – mit Sicherheit viel weniger). In der Provinz würden rund 1.000 Tonnen im Monat gebraucht. Ich fragte, wieviel er denn zur Zeit auf Vorrat habe. Antwort: Die Lager seien leer, man warte auf die Ernte und die internationale Hilfe. Die in den letzten beiden Monaten verstärkte internationale Hilfe kann sich hier mildernd auswirken, aber das Defizit ist zu groß, um mit solchen Maßnahmen beseitigt zu werden.

Das Gesundheitswesen

Die DVR-Korea ist in 7 Provinzen aufgeteilt, jede hat eine Kinderklinik, ein Zentralkrankenhaus (People's Hospital) und ein zentrales Arzneimittellager. In jedem Kreis existiert ein County-Hospital mit bis zu je 20 Kliniken. In jeder Provinz und in jedem Kreis gibt es Abteilungen, die für das allgemeine Gesundheitswesen verantwortlich sind. Jeder Kreis hat etwa 150 Ärzte, einen für rund 500 Menschen. Von der Kreisebene aus werden Vorsorgeprogramme durchgeführt, und jeder Arzt wird alle 6 Monate von einem Inspekteur aufgesucht, der sein Verschreibungsverhalten kontrolliert. Allerdings, so scheint es, werden Basismedikamente nicht immer richtig verwendet und es kann schon einmal passieren, daß Methotrexat mit einem Mykotikum verwechselt wird.

Das Wissen um AIDS ist (anscheinend) vorhanden, die Krankheit selbst aber nur in seltenen Fällen aufgetreten. Die Ansteckungsmöglichkeiten sind begrenzt und werden nicht zuletzt durch strenge Lebensregeln eingedämmt. Es gibt im Land zwei zentrale Entbindungshospitäler – in Pjöngjang und in Harimon im Norden. Diese sind für sämtliche Problemschwangerschaften auch als Überweisungskrankenhaus zuständig. Außerdem gibt es in Pjöngjang noch diverse Spezialkliniken.

Meine Bitte, das zentrale Arzneilager Haeju sehen zu dürfen, findet zunächst Gehör. Doch am Ort selbst stellt sich heraus, daß niemand einen Schlüssel zu den Räumen hat. Angeblich sind die zwei Verantwortlichen nach Pjöngjang unterwegs, um „unsere“ Medikamente abzuholen. Auf der Rückfahrt kommt uns dann tatsächlich ein offener LKW mit Rot-Kreuz-Fahne entgegen, der „unsere“ Kartons fährt. Wir stoppen beide, und ich kann zwei Fotos machen. Die Hilfe wird also wirklich so verteilt, wie geplant; sie kommt an!

Sämtliche Leistungen des Gesundheitswesens sind für alle frei, der Staat gibt rund 30% seines Budgets für Arzneimittel aus. Ausnahme: die kleinen Drug-shops in der Stadt, eingerichtet eigentlich als Möglichkeit zur Versorgung in Notfällen. Eine von mir besuchte Apotheke erhielt die letzten „westlichen“ Präparate vor drei Jahren. Deshalb konzentriert man sich heute auf den Verkauf (freies Gesundheitswesen?) von Tonika und anderen Präparaten aus Pflanzen. Viele Menschen machen angeblich positive Erfahrungen mit diesen Präparaten, die koreanische Ginseng-Wurzel oder die Gingko-Blätter sind weltbekannt.

In einer anderen Apotheke war der gesamte Fußboden vor den Tresen, aber auch in den Fluren mit frisch gesammelten Gingko-Blättern ausgelegt; zwei Frauen entfernten in mühevoller Handarbeit Fremdbestandteile. Hier gab es einen kleinen

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto bei der Postbank Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

- ☐ eine einmalige Spende in Höhe von DM ,
- ☐ die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 30,- (Ausland DM 35,-) im Jahr,
- ☐ die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr von meinem Konto bei der (Kreditinstitut)
- BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein ☐ Neu-Abo ☐ Alt-Abo

Schuhkarton mit westlichen Präparaten, auch einige Päckchen Aspirin aus der Eigenproduktion des Landes, 6 Tabletten für umgerechnet 0,25 DM. Bis vor drei Jahren wurden vor allem Krankheiten des Herzens, Blutkreislaufs, Diabetes und auch Krebs diagnostiziert. Heute beherrschen durch Nahrungsmangel verursachte Krankheiten das Bild: Durchfall, Darmentzündungen, Bronchitis und Lungenentzündung. Tuberkulose galt 1975 als ausgerottet, heute schätzt man die Zahl der TB-Erkrankten auf ca. 100.000.

Arzneimittelversorgung

Die Zuständigkeit der Arzneimittelherstellung liegt nicht beim Gesundheitsministerium, sondern beim Ministerium für Chemische Industrie. Es gibt 25 Arzneimittelfabriken im Land, sie könnten 80% des Gesamtbedarfs decken. Fünf Fabriken wurden durch die Fluten von 1995 und 1996 beschädigt, eine in Uiju (nahe Sinuju) war total überflutet. Mit internationaler Hilfe sind sie zwar wieder alle produktionsfähig, aber es wird nur 10% des Bedarfs hergestellt, weil:

- a zur Rohstoffherstellung in der chemischen Industrie verschiedene Salze benötigt werden, die Anlage zur Salzgewinnung an der Westküste jedoch überflutet wurde.
- b in der Produktion, vor allem bei der Antibiotikaherstellung, Stärke benötigt wird. Stärke wurde bisher aus Getreide gewonnen. Aufgrund des Getreidemangels – alles geht in den Nahrungsmittelsektor – ist seit nunmehr 3 Jahren keine Stärkeproduktion mehr möglich. Auch Zucker, bisher aus Mais gewonnen, ist im Land nicht mehr vorhanden, da die wenigen Maiskolben für die Ernährung gebraucht werden. Deshalb wurde mir vor allem für die 1.000 kg pharm.-Zucker in dem Maternity-Hospital gedankt, da nun wieder Infusionen hergestellt werden können.

- c die Flutkatastrophen im Norden auch Kohlebetriebe zerstörten, die für die Energieerzeugung zuständig sind. Angeblich war früher Nordkorea auf den nächtlichen Satellitenbildern ein heller Fleck, nun ist es dort dunkel. Gerade die chemische Industrie benötigt viel Energie – deshalb können zur Zeit weniger Rohstoffe produziert werden.
- d 30 % der Rohstoffe früher importiert wurden, vor allem aus Rußland. Diese Handelspartner existieren heute nicht mehr.

Ich besuchte die größte Pharmafabrik des Landes in Suncheon (South Pyongan Province). 2.000 Beschäftigte, von denen zur Zeit wegen zu geringer Auslastung der Produktion nur 10% tätig sind; alle anderen sind angeblich auf den Feldern, um bei der Ernte zu helfen. Sie wurde 1958 gebaut und zweimal vom „großen Führer“ besucht (meine Frage nach der Qualitätskontrolle wurde gleich damit beantwortet, daß der „große Führer“ gerade darauf Wert gelegt habe). Die Ausstattung des Labors ist internationaler Standard. Es können 60 verschiedene Präparate produziert werden, der Schwerpunkt liegt bei den Antibiotika-Infusionen, die zu 80 Prozent den Bedarf decken, jedenfalls in normalen Zeiten. Die Maschinen zur Extraktion der Antibiotika wurden zum Teil selbst entwickelt. Die Fabrik macht einen sauberen Eindruck, die Anlagen sind in gutem Zustand, ebenfalls das Labor.

Zum anderen besichtigte ich die Tablettenfabrik in Pjöngjang. Saubere Fabrikationshallen und Anlagen, aber kaum Produktion. In dieser Fabrik werden auch die Verpackungen (Plastikflaschen mit Schraubdeckel, Tüten, früher, als es noch Alu gab, sogar Blisterpackungen) sowie die Etiketten auf eigenen Druckmaschinen gefertigt. Zum anderen besteht auch die Möglichkeit, die Fläschchen zu bedrucken.

Die Kapazität liegt hier bei 4 Mrd. Tabletten pro Jahr, angeblich wurden in früheren Jahren bis zu 3 Mrd. produziert, seit drei Jahren mußte die Produktion auf 10 bis 20 % heruntergefahren werden. Die Pflanzen, die hier verarbeitet werden, kommen von Sammelstellen, an die die einzelnen Sammler sie verkaufen (!).

In beiden Fabriken wurde betont, wie wichtig die Lieferung von Rohstoffen sei. Alle Hospitäler werden monatlich aus dem zentralen Lager der Provinz mit Arzneimitteln und Verbrauchsmaterial beliefert. In dem für die gesamte Hauptstadt zuständigen Zentrallager in Pjöngjang erkannte ich mit eigenen Augen das Problem: Es waren nur wenige „westliche“ Arzneimittel vorhanden, zum Teil aus eigener Produktion, zum Teil aus internationalen Spenden (es gab UNICEF-Kartons mit ORS (Oral Rehydration Salt, Elektrolytsalz – Therapie gegen Durchfall), MISSIONPHARMA (Arzneilieferant aus Dänemark) und IDA (International Dispensary Association – Arzneilieferant aus Holland) -Kartons mit verschiedenen Präparaten, auch rund 50 Behälter von SANAVITA (Arzneilieferant aus Deutschland) mit CoTrim).

Wie überall, ist es auch hier leicht, Problemspenden auszumachen: 25 große Kartons von Hoechst Amerika mit Lasix-Tabletten. Eigentlich nicht unsinnig, aber in aufwendigen „Mogelpackungen“ als Ärztemuster verpackt mit nur 6 Tabletten pro Päckchen doch fragwürdig. Gelagert war außerdem Weniges aus China. Aber auch diese leicht zu sammeln und zu verwerten sind.

Heute kommen von verschiedensten Seiten Arzneispenden ins Land. Während meiner Anwesenheit gab es große Verunsicherung über die Meldung, daß aus den USA eine Spende im Wert von 25 Mio. \$ unterwegs sei – niemand wußte genau, was da auf dem Weg war.

Trinkwasser

Zwei für die Trinkwasserbereitstellung verantwortliche Experten des Ministeriums für Stadtverwaltung in Pjöngjang erläuterten mir das Problem der Trinkwasserversorgung in der 2,2 Mio. Stadt. In Pjöngjang wird das Wasser aus dem Fluß, aus Quellen und aus dem Stausee gewonnen, 8 Reservoirs fassen zusammen 750.000 cbm. Die Flutwellen in den letzten 2 Jahren haben alle Wasserreservoirs verunreinigt, u.a. mit Stickstoff und organischen Partikeln und Bakterien. Außerdem wurde die Fabrik, die Chlorkalk in Hajon produzierte, überschwemmt.

Der Appell zum Abkochen des Trinkwassers werde nur zum Teil befolgt, da nicht jeder das Material zum Abkochen habe – 40% der Durchfälle seien die Folge kontaminierten Wassers. Eine Delegation der Stadt hat in Europa verschiedene Aufbereitungssysteme besichtigt, man möchte nun eine Ozon-Generator-Anlage. Eine Firma Sander in Neuss würde so etwas herstellen, sie sei in Deutschland und Frankreich üblich, auch Moskau habe von Frankreich so eine Anlage bekommen für 2,4 Mio. cbm/Tag. – In dieser Größe sei die Anlage hier gar nicht nötig. Von UNICEF erfuhr ich, daß im Oktober zwei Wasserexperten aus Irland die Situation analysieren und nach Lösungsmöglichkeiten suchen sollen.

Internationale Hilfe

Einige Organisationen sind seit 1977 im Land tätig, z.B. WFP, UNDP und UNICEF. In den letzten Monaten kamen ständig weitere hinzu, z.B. MSF, IFRC, Médecine du Monde, Cesvi-Italien, ECHO (Hilfswerk der Europäischen Union). Sie können sich in Pjöngjang frei bewegen. Fahrten in die Provinzen müssen eine Woche vorher angemeldet werden, ein koreanischer Übersetzer ist ständiger Begleiter. Mit eigenen neuen geländegängigen Fahrzeugen (WFP

hat einen Fuhrpark mit 12 neuen Toyota-Landrover) und durch gecharterte Helikopter lassen sich selbst entlegenste Bergdörfer erreichen. Allerdings ist die Versorgung der Bevölkerung nicht per Helikopter zu schaffen. Es ist deshalb immer noch nicht möglich, eine hundertprozentige Lagebeurteilung abzugeben, die das gesamte Land betrifft.

Die Programme dieser NGOs beschränken sich nicht allein auf die Lieferung von Nahrungsmitteln und Überwachung der Verteilung. In verschiedenen Regionen wurden Projekte gestartet, die die Bevölkerung selbst mit einbinden: z.B. Food for Work und auch Income-Generating ist partiell eingeführt. Inwieweit diese Aktivitäten langfristig mit dem System vereinbar sind, kann ich nicht beurteilen. Ich sehe aber eine gewisse Entwicklung, die vielleicht die Aktivitäten aller NGOs gefährden könnte.

Die Verteilung der Hilfsgüter wird durch den FDRC oft in Zusammenarbeit mit den NGOs organisiert und mit staatlichen LKWs bis in die Provinzen hinein sichergestellt. Mehrere Gesprächspartner von Hilfsorganisationen konnten mir versichern, daß im Großen und Ganzen die Lieferungen das Ziel erreichen.

Die Kirche

In der DVR-Korea leben schätzungsweise 10.000 Christen. In Pjöngjang gibt es zwei Kirchen. Etwa 80 meist ältere Leute nahmen am Gottesdienst teil, gute Chorbegleitung. Zu Kindern und Jugendlichen offenbar kein Kontakt; in den Provinzen gibt es Hausgemeinschaften. Im Gespräch mit Vertretern der Korean Christian Federation (KCF) wird mir ein großer Dank entgegengebracht für all die Unterstützungen aus Deutschland (seitens DW/ACT und von der „Sachsen-Church“). Es bestehen verschiedene, auch persönliche Kontakte – eine Delegation des KCF konnte am Kirchentag in Leipzig teilnehmen.

Seit 1994 existiert innerhalb des KCF die Public Service Mission Campaign, die Hilfsgüter entgegennimmt und über das FDRC im Land verteilen läßt („wir dürfen und wollen das System des Landes in puncto einer gerechten und gleichen Verteilung nicht umgehen“). Transportkapazitäten und auch fachliche Beratung (bei medizinischen Spenden) sei vom FDRC stets zur Verfügung gestellt worden. Eigene medizinische Fachkräfte habe das KCF nicht. Eine Ausweitung dieser Aktivitäten durch eine Fachkraft im Zeitvertrag von außen sei nicht nötig. Man habe genügend eigene Erfahrungen. Monitoring sei kein Problem, wenn die Sendungen direkt an das KCF geschickt würden.

Auf die mir von einem CBM (Christoffel Blindenmission, Bensheim) -Mitglied in Deutschland gestellte Frage nach etwaigen Bedürfnissen blinder Menschen in diesem Lande versicherte mir die KCF, daß auch diese Gruppe – wie alle anderen auch – durch das System gut und ausreichend versorgt sei. Es gebe deshalb keinen speziellen Bedarf für diese Personengruppe. Auf die Frage nach kircheneigenen Problemen oder Engpässen berichtete man mir von dem neuen Theologischen Seminar, wo 10 Studenten in drei Jahren ausgebildet werden. Allerdings benötige man dafür erhebliche Mittel.

FAZIT:

Das Land driftet weiter einer schweren Zukunft entgegen, die Menschen werden weiter hungern und viele verhungern. Auch in Ländern mit anderen Systemen, wie z.B. Indonesien und Papua-Neuguinea sind aufgrund der diesjährigen Dürre ähnliche Hungerkatastrophen entstanden. Wenn wir auch über vieles anders denken als die Koreaner der Volksrepublik und anders glauben, sollten wir mit der pauschalen Kritik an ihrem System vorsichtig sein.

Norbert Greinacher

Sozialismus und Christentum am Ende des zweiten und zu Beginn des dritten Jahrtausends

1. Geschichtliche Perspektiven

Das Christentum war in seiner zweitausendjährigen Geschichte schon immer ein bedeutender politischer Machtfaktor. Darauf hat neuestens Heiner Geißler in seinem Buch „Das nichtgehaltene Versprechen. Politik im Namen Gottes“ wieder einmal eindrucksvoll hingewiesen. Die christlichen Kirchen – wie die anderen Religionen – können sich offiziell noch so apolitisch und transzendentbezogen verstehen: Faktisch waren und sind sie immer eine politische Größe.

Was die Katholische Kirche in Deutschland betrifft, war sie im 19. Jahrhundert aufs Ganze gesehen sowohl dem aufklärerischen Liberalismus wie dem entstehenden Sozialismus gegenüber völlig ablehnend. Mit der Enzyklika „Mirari vos arbitramur“ von 1832 (Papst Gregor XVI.) wurde die Forderung nach Gewissensfreiheit als „Wahnsinn“ abgetan. Im „Syllabus“ von 1864 (Papst Pius IX.) wurde der Sozialismus verworfen.

Aber es gab auch immer wieder Theologen, die sich für eine Annäherung zwischen Christentum und Sozialismus einsetzten, ja sich teilweise selbst als Sozialisten bekannten. Erwähnt seien beispielsweise Christoph Friedrich Blumhardt (1842 bis 1919; evangelisch), Heinrich Pesch (1854 bis 1926; katholisch), Martin Buber (1878 bis 1965; jüdisch), Paul Tillich (1866 bis 1965; evangelisch), Karl Barth (1886 bis 1968; evangelisch), Walter Dirks (1901 bis 1991; katholisch). Karl Barth zum Beispiel

vertrat mehrmals öffentlich die Forderung, dass ein wirklicher Christ Sozialist werden müsse, wenn er mit dem Wesen des Christentums ernstmachen wolle. 1919 schrieb Karl Barth: „Entweder das ist Gott, was das Neue Testament so nennt. Dann bedeutet aber 'Gott' die Umkehrung nicht nur weniger, sondern aller Dinge, die Erneuerung der ganzen Welt, eine Veränderung des Baus, bei dem kein Stein auf dem anderen bleiben kann. Dann bedeutet Glauben das Entstehen für diese Umkehrung, die Vorbereitung darauf, das Rechnen damit als mit der sichersten Tatsache. Dann haben aber die Sozialdemokraten recht und nicht die Sozialreformer, ja dann sind die radikalsten Sozialdemokraten noch nicht radikal genug, dann ist das Bekenntnis zur Sozialdemokratie nur eine kleine, selbstverständliche, sehr ungenügende, ärmliche und vorläufige Abschlagszahlung auf das, was ein 'Christ' heute seinem Glauben schuldig ist“.

1947 veröffentlichte Walter Dirks auf katholischer Seite einen Artikel „Marxismus in christlicher Sicht“. In diesem Artikel betont Walter Dirks, dass Karl Marx der erste war, der von der proletarischen Existenz aus gedacht hat. Und dies in einer Person, die gerade noch das bürgerliche Denken in seiner Fülle und in seiner Reife selbst erfahren hat, nämlich im Deutschen Idealismus, vor allem in seinem letzten und grössten Systematiker Hegel. Walter Dirks stellt eine geheimnisvolle Nähe zwischen Karl Marx und dem Christentum fest, „denn Karl Marx gewann seinen Lebensinhalt durch

einen Akt, der eine tiefe Verwandtschaft mit einem wesentlich christlichen Akt hat: durch einen Akt der Gleichsetzung mit dem anderen, mit dem Nächsten, durch einen Akt der Entäusserung, durch ein Opfer. Der sogenannte Materialismus von Karl Marx lässt sich – nach Walter Dirks – als Realismus verstehen. Denn auch Christus vermehrt nicht die hohen Dichtungen, Denksysteme und Bildwerke, sondern Brot und Wein.

2. Die Theologie der Befreiung

Die Theologie der Befreiung, die Anfang der siebziger Jahre in Lateinamerika entstanden war, ist nur auf dem Hintergrund der vielfachen Unterdrückung der Menschen in diesem Kontinent zu verstehen. Zu nennen sind hier vier Dimensionen dieser Unterdrückung: der Rassismus, das kapitalistische Wirtschaftssystem, die damaligen Militärdiktaturen sowie der nordamerikanische Imperialismus.

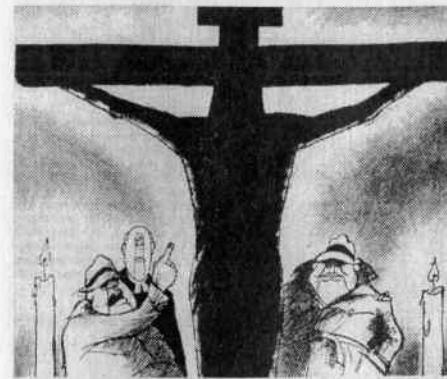
Zwar ist die Theologie der Befreiung nicht zu identifizieren mit dem Sozialismus irgendwelcher Art. Aber dennoch kommt ihr eine gewisse Nähe zum Sozialismus insofern zu, als nicht nur bei den Theologen der Befreiung, sondern auch in offiziellen Verlautbarungen der lateinamerikanischen Bischofskonferenzen von Medellín (1968) und Puebla (1979) eine klare Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems vorgenommen wird. Ein Zweig der Theologie der Befreiung ist die Bewegung „Christen für den Sozialismus“, die 1970 in Chile entstand aus einer Gruppe von 80 Priestern, die sich im chilenischen Wahlkampf für die Sozialistische Partei einsetzte. Im April 1971 schlossen sie sich in Chile zur Gruppe „Christen für den Sozialismus“ zusammen zur Unterstützung der Politik zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Wenig später entstanden Gruppen mit dem gleichen Namen auf der ganzen Welt, so auch

in der damaligen Bundesrepublik Deutschland 1973. In dem Schlussdokument des Ersten Lateinamerikanischen Kongresses der „Christen für den Sozialismus“, der vom 23. – 30. April 1972 in Santiago de Chile stattfand, lesen wir unter anderem folgendes:

„Wir verpflichten uns zum Aufbau des Sozialismus, weil der Sozialismus durch historische Erfahrung, objektiv begründet ist und weil wir nach gründlicher wissenschaftlicher Analyse im Sozialismus die einzig wirksame Möglichkeit sehen, den Imperialismus zu bekämpfen und unsere Abhängigkeit zu beenden.“

3. Katholische Soziallehre

Die Katholische Soziallehre war dem Sozialismus noch nie freundlich gesinnt. So heisst es etwa in der Enzyklika „Rerum novarum“ (Papst Leo XIII., 1891): „Wenn also die Sozialisten dahin streben, den Sonderbesitz in Gemeingut umzuwandeln, so ist klar, wie sie dadurch die Lage der arbeitenden Klassen nur ungünstiger machen.“ Auf der anderen Seite wird in derselben Enzyklika klar von der Ausbeutung der Arbeiter gesprochen. Auch in den späteren Sozialenzykliken, vor allem in diesem Jahrhundert, wurde der Sozialismus nie gutgeheissen. Aber in der Enzyklika „Laborem exercens“ (Papst Johannes Paul II., 1981) trägt das Kapitel 12 die Überschrift „Der Vorrang der Arbeit“. Es heisst dort: „Dieses Prinzip (sc. des Vorranges der Arbeit) betrifft unmittelbar den Produktionsprozess, bei dem die Arbeit immer den ersten Platz als Wirkursache einnimmt, während das Kapital, das ja in der Gesamtheit der sachlichen Produktionsmittel besteht, bloss Instrument oder instrumentale Ursache ist. Dieses Prinzip ist eine offensichtliche Wahrheit, die aus der ganzen geschichtlichen Erfahrung des Menschen erfliesst.“ Auch in der neuesten Enzyklika „Centessimus an-



„Nun schehen Sie aber mal auf halbwegs, Ihre Verfassungsfeindlichkeit erkennt man doch schon an der Tatsache, daß Sie einen Aufrechter als Vorbild haben!“

nus“ (Papst Johannes Paul II., 1997) wird in der Nummer 53 der eindeutige Primat des Menschen über das Kapital zum Ausdruck gebracht.

4. Systematische Bemerkungen

Der Begriff Sozialismus deckt eine Fülle von Vorstellungen und Wirklichkeiten ab: vom Nationalsozialismus über einen religiösen Sozialismus, einen demokratischen Sozialismus, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz bis hin zu einem marxistischen, leninistischen, maoistischen und stalinistischen Sozialismus.

Für mich enthält der Begriff Sozialismus vor allem vier Elemente:

1. Die gesamte, uns bekannte Menschheitsgeschichte war bestimmt durch eine Herrschaft von Menschen über Menschen, durch die Herrschaft von sozialen Klassen über andere soziale Klassen, verursacht vor allem durch ganz bestimmte ökonomische Strukturen. Diese Klassengesellschaft besteht auch heute noch in der Bundesrepublik Deutschland, wenn auch in einer Gestalt, die differenzierter und sublimier ist

als die Gestalt, die Karl Marx in seiner Analyse der damaligen Gesellschaft gab. Sozialismus aber wendet sich gegen jede Gesellschaftsform, die eine Herrschaft von Menschen über Menschen beinhaltet, ermöglicht oder sanktioniert.

Hegel analysiert in der „Phänomenologie des Geistes“ das Herrsein und das Knechtsein tiefsinnig, wenn auch zu idealistisch. Herrsein und Knechtsein sind die „zwei entgegengesetzten Gestalten des Bewusstseins; die eine das Selbständige, welchen das Fürsichsein, die andere das Unselbständige, dem das Leben oder das Sein für ein Anderes das Wesen ist; jenes ist der Herr, dieser der Knecht.“

Sozialismus wendet sich gegen jede Gesellschaftsform, die eine Herrschaft von Menschen über Menschen beinhaltet, ermöglicht oder sanktioniert. Dabei ist es klar, dass es in jeder Gesellschaft zwar keine Herrschaft, aber rational begründbare, zeitlich begrenzte und ständig kontrollierte Macht und Machtausübung geben muss.

2. Aus dem Kampf gegen die Herrschaft von Menschen über Menschen ergibt sich notwendigerweise, dass für den Sozialismus die Menschen nicht länger als Spielball undurchschaubarer Mächte betrachtet werden dürfen, sondern alle Menschen prinzipiell Subjekt der Geschichte sind. Nicht nur im staatlichen Bereich, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen ist deshalb eine Fundamentaldemokratisierung notwendig, aufgrund derer alle betroffenen Menschen ihre Interessen artikulieren, ihre Konflikte austragen und mehrheitliche politische Entscheidungen treffen können.
3. Da für die Klassengegensätze und die Klassenkonflikte die ökonomischen Strukturen eine so grosse Rolle spielen und Klassengegensätze vor allem auch

durch die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln und den Dienstleistungsbetrieben bestimmt sind, ist der Abbau des Privateigentums an den Produktionsmitteln und den Dienstleistungsbetrieben und eine demokratische Kontrolle über sie in dem Maße zu verwirklichen, in dem es zu einer Demokratisierung der Gesellschaft notwendig ist.

4. Als im Prinzip schon von Karl Marx erkannt, aber ausserordentlich verschärftes Problem stellt sich für den Sozialismus von heute die dringend notwendige Aufgabe, gegen die politischen und vor allem ökonomischen Abhängigkeitsstrukturen auf internationaler Ebene, vor allem im Nord-Süd-Konflikt anzugehen, die emanzipatorischen Bewegungen in der Dritten Welt zu unterstützen und für mehr Gerechtigkeit im internationalen politischen und ökonomischen System sich einzusetzen.

Auf dem Hintergrund dieses Verständnisses von Sozialismus, das ich hier nur in groben Zügen andeuten konnte, möchte ich als Antwort auf die Frage „Muss ein Christ Sozialist sein?“ folgende These formulieren:

These: Zwar besteht zwischen zentralen Aussagen der alttestamentlichen und neutestamentlichen Traditionen einerseits und den Zielen des Sozialismus andererseits ein hoher Grad an Entsprechung. Dennoch ist der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis des christlichen Glaubens einerseits und Theorie und Praxis des Sozialismus andererseits nicht notwendigerweise gegeben.

Hoher Grad an Entsprechung zwischen Christentum und Sozialismus

Ich möchte zunächst an einigen wichtigen Punkten aufzeigen, dass es einen hohen Grad an Entsprechungen zwischen Christentum und Sozialismus gibt.

1. Schon im Alten Testament, verstärkt im Neuen Testament, finden wir als entscheidendes Leitmotiv für das soziale Verhalten die menschliche Solidarität, vor allem die Solidarität mit den Entrechteten und den Opfern der Herrschaft von Menschen über Menschen. Im Alten Testament zum Beispiel nimmt der Prophet Amos für die Entrechteten Partei und sagt den Palästen der Könige den Kampf an. Jesus von Nazaret verkündet, aufbauend auf diesen prophetischen Traditionen, dass Gott auf der Seite der Opfer steht: Auf der Seite der Armen, der Hungernden, der Unterdrückten, der Unglücklichen und Rechtlosen. Die Satten und Reichen, die gut lachen haben, die sozial Privilegierten, sind diesem parteiischen Gott zuwider. Er wird die Ersten zu Letzten und die Letzten zu Ersten machen.
2. Schon die Propheten erinnerten an das Gebot der Gleichheit und der sozialen Symmetrie. Sie treten ein für die Freilassung der Sklaven und für die Schutzbestimmung zugunsten sozial Schwacher. Nach Levitikus 25,10 soll in jedem 49. Jahr ein jeder wieder zu seinem Eigentum und ein jeder wieder zu seiner Sippe kommen. Auch Jesus tritt für diese Verhaltensmuster ein, vor allem in der Bergpredigt.
3. Die genuin jüdisch-christlichen Traditionen wenden sich gegen jegliche Art von Herrschaft von Menschen über Menschen. Im Alten Testament sind die religiösen und staatlichen Einrichtungen nicht sakrosankte, sinngebende Heilsanstalten, sondern Gebilde, die sich im Zusammenhang der Befreiungsgeschichte ausweisen müssen. Sie können theologisch kritisiert und geschichtlich hinderlich werden. Dadurch, dass Jesus das Kommen der Herrschaft Gottes proklamiert, relativiert er jegliche Machtausübung in der menschlichen Gesellschaft

und lehnt jegliche Herrschaft von Menschen über Menschen ab. Zwar ist das Wort bei Markus 10,42 – 44 sicher zunächst im Hinblick auf die kirchliche Gemeinde konzipiert: „Ihr wisst, dass die, welche als Herrscher der Völker angesehen sind, ein Gewaltregiment über sie ausüben und dass die Grossen sie vergewaltigen. Bei euch aber soll es nicht so sein, sondern wer unter euch der Größte sein will, sei euer Diener, und wer unter euch der Erste sein will, sei der Knecht aller.“ Aber indem die Gemeinde Jesu von einem Versuch herrschaftsfreier sozialer Interaktion ausgeht, setzt sie damit auch Maßstäbe für die gesamte Gesellschaft. Dabei ist zu beachten, dass die Tatsache der Proklamierung der Herrschaft Gottes gerade nicht eine Heteronomie des Menschen bedeutet, sondern damit gleichzeitig die Autonomie des Menschen verkündet wird. Der Gott Jesu ist nicht ein Moloch, der nur Untertanen neben sich dulden kann, sondern der Gott Jesu will die Autonomie und Freiheit und Grösse des Menschen.

4. Die genuinen jüdischen und christlichen Traditionen haben eine dynamische Sicht vom Ablauf der Geschichte der Menschheit. Die alttestamentlichen Traditionen verstehen sich vom Auszug aus Ägypten und der Gesetzgebung auf dem Sinai her und leben auf die Hoffnung einer endgültigen Befreiung hin. Das Leben des jüdischen Volkes ist geprägt durch die Erinnerung an diese Freiheitserfahrung und durch die Aufgabe, diese Freiheit unter allen künftigen Umständen durchzusetzen.

Jesu Botschaft von der Gottesherrschaft läuft auf die Forderung der Umkehr hinaus (Markus 1,15). Diese Umkehr führt aber den Einzelnen nicht in die Innerlichkeit privater Buße, sondern in seine soziale Um-

welt hinein. Das Einlassen auf die Sache Jesu fordert zur Kritik und Korrektur der politischen Strukturen heraus. Die Umkehrforderung verlangt das Abweichen vom bisher Gültigen, sie verletzt Tabus und erlaubt bisher unzulässiges öffentliches Verhalten.

Ich will es mit diesen vier Elementen hier bewenden lassen. Sicher könnte man noch mehr Entsprechungen zwischen Christentum und Sozialismus aufzeigen. Ich kann es mir hier auch ersparen, die Entsprechung dieser biblischen Elemente mit Zielen der sozialistischen Bewegung aufzuzeigen.

Im folgenden möchte ich nun aber noch einige wichtige Argumente für den zweiten Teil meiner These anführen, dass nämlich trotz dieses hohen Grades an Entsprechungen zwischen Christentum und Sozialismus doch der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis des christlichen Glaubens einerseits und Theorie und Praxis des Sozialismus andererseits nicht notwendigerweise gegeben ist.

1. Die Menschen haben in diesem Jahrhundert so schlimme, zum Teil grauenhafte Erfahrungen mit verschiedenen Formen des Sozialismus gemacht, dass gerade diese Erfahrungen uns hüten sollten, einer vorschnellen Identifizierung von Christentum und Sozialismus Vorschub zu leisten. Gerade auch für diejenigen, denen es nicht nur um die reine Theorie, sondern immer auch um die Dialektik von Theorie und Praxis geht, ist dieses Argument von Bedeutung. Das Gegenargument, dass auch im Namen des Christentums kaum vorstellbare Unmenschlichkeiten begangen wurden, trifft zwar der Sache nach zu, müsste aber eigentlich zu der Konsequenz führen, die Leitvorstellungen des christlichen Glaubens nicht vorschnell mit irgendeiner Art von institutionalisier-

- tem Christentum oder Sozialismus zu identifizieren.
2. Christen wie Sozialisten, die in Europa leben, dürfen nicht hinter die theoretischen wie faktischen Errungenschaften der europäischen Traditionen, der Aufklärung und der bürgerlichen und sozialen Revolutionen des 18. bis 20. Jahrhunderts zurückfallen. Um es mit einem Begriff von Habermas zu sagen: Die „alteuropäische Menschenwürde“ darf nicht preisgegeben werden. Das verbietet es aber, dogmatistisch eine bestimmte politische Bewegung als „alleinseligmachende“ zu erklären und andere humanistische Bewegungen in ihrer Bedeutung nicht anzuerkennen oder ihnen womöglich ihre Existenzberechtigung abzuspochen.
 3. „Die Wahrheit ist konkret.“ Diese Feststellung, selbst wenn sie von Lenin stammt, ist richtig. Wenn ich von Sozialismus spreche, kann ich dies nicht abstrakt und theoretisch tun, sondern muss Ross und Reiter nennen, das heisst, ich muss konkret bezeichnen, welchen heute politisch relevanten Sozialismus ich meine, und ich muss mich in ihm engagieren. Dies verbietet mir aber noch einmal, eine konkrete Form des Sozialismus mit dem Christentum schlechthin identifizieren.
 4. Angesichts der „condition humaine“, angesichts der bodenlosen Ambivalenz des menschlichen Lebens, angesichts der geschichtlichen Erfahrungen der Menschen, angesichts der Erfahrung meiner eigenen Bedingtheit und Begrenztheit ist es unmöglich, dass eine Person sich mit einem Menschen, einer Gruppe von Menschen, einer religiösen oder politischen Bewegung oder Institution total identifiziert. Das gilt für den Christen verstärkt, weil er sich unter dem eschatologischen Vorbehalt weiß, das heisst, weil er in dem Wissen lebt,

denkt und handelt, dass eine endgültige Vollendung seines eigenen Menschseins und des Lebens seiner Mitmenschen noch aussteht und von ihm allein nicht geleistet werden kann. Dieses Wissen sollte den Christen einerseits zu einer Leidenschaftlichkeit seines Einsatzes für eine menschlichere Welt führen, ihm andererseits aber auch eine Gelassenheit geben, weil eben nicht alles allein von ihm abhängt.

5. Wenn man von der Überzeugung ausgeht, dass jede Christin und jeder Christ Sozialist sein muss und wenn man ferner voraussetzt, dass Christsein prinzipiell ohne Kirche nicht denkbar ist, dann macht man faktisch die Kirche zu einer Sekte und gibt ihren prinzipiell öffentlichen Charakter auf. Kirche ist nicht nur eine Angelegenheit von Männern und Frauen, von Griechen oder Nichtgriechen, von Armen oder Reichen, aber auch nicht eine Angelegenheit von Sozialisten oder von Nichtsozialisten.
6. Christlicher Glaube ist keine totalitäre Ideologie und kein autoritärer Dogmatismus. Weil er dies nicht ist, sondern vielmehr Einladung, Motivation, Stimulation, Inspiration, deshalb verbietet es sich, aus dem christlichen Glauben ein eindeutiges, konkretes politisches Programm ableiten zu wollen. Es liegt der Verdacht nahe, dass diejenigen, die den notwendigen Zusammenhang von Christentum und Sozialismus behaupten, die – abzulehnende – Lehre von der alleinseligmachenden Kirche nun auf den alleinseligmachenden Sozialismus übertragen, das heisst den Sozialismus mit einer autoritären, totalitären, religiös motivierten Ideologie befrachten. Das wäre verhängnisvoll.
7. Wer – wie ich – die Kirche auch und gerade versteht „als öffentliche Zeugin und Tradentin einer gefährlichen Freiheitserinnerung in den ‘Systemen’ unse-

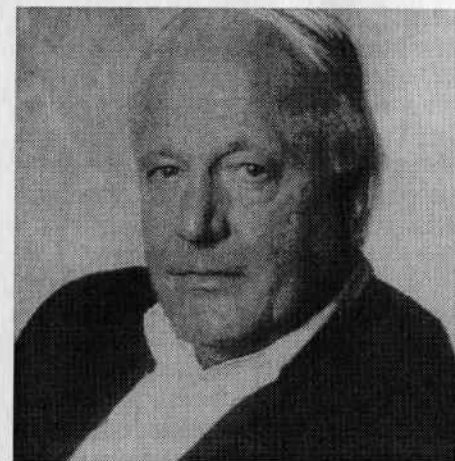
rer emanzipatorischen Gesellschaft“ und wer Theologie versteht als politische Theologie im Sinne einer kritisch-emanzipatorischen Reflexion der Sache Jesu im Hinblick auf ihre politische Relevanz in unserer gesellschaftlichen Situation, gerade dem kann nicht daran gelegen sein, dass sich Kirche und Theologie mit einer bestimmten politischen Bewegung oder Partei identifizieren, weil Kirche und Theologie gerade dann ihr kritisches Potential aufgeben würde.

8. Im Zentrum der Botschaft Jesu steht die Proklamation der Herrschaft Gottes, eine Wirklichkeit, die in und durch Jesus zwar schon partiell in dieser Welt verwirklicht, deren Vollendung aber noch aussteht und bewirkt wird durch eine Wirklichkeit, die alle Kräfte und alle Vorstellung des Menschen überschreitet. Nach den Aussagen des kommunistischen Manifestes tritt „an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Beide Wirklichkeiten widersprechen sich nicht, aber zwischen beiden besteht ein qualitativer Sprung, der zu übersehen für beide Wirklichkeiten verhängnisvoll wäre.

Schluss

Ich möchte mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Ich bin in einem gutbürgerlichen, sehr katholischen Milieu aufgewachsen bis hin zum Ende meiner Studienzeit. In einem langwierigen, komplizierten und konfliktreichen Lernprozess bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass Christentum und Sozialismus sich nicht nur nicht widersprechen, sondern viel voneinander lernen können und dass zur Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme eine Politik aus sozialistischer Perspekti-

ve notwendig ist. Ich habe mich für den demokratischen Sozialismus entschieden, weil dies der Weg ist, der meiner Meinung nach am ehesten die Möglichkeit bietet, politische Reformen in sozialistischer Perspektive durchzuführen. Deshalb bin ich – aus christlicher Motivation heraus – Mitglied der SPD geworden (1975). Ich habe aber nicht den Mut zu sagen, dass es alle anderen Christen auch wie ich tun sollten. Ich halte es mit Kardinal Newman, den man zu einem Trinkspruch auf den Papst aufforderte und der dann antwortete: „Mit Verlaub: Zuerst auf das Gewissen, und dann auf den Papst.“ Nun steht der Papst nicht in Gefahr, für den Sozialismus zu optieren. Aber es gibt auch sozialistische „Päpste“, die päpstlicher sind als der Papst. Davor sei gewarnt!



Norbert Greinacher

Bischof Samuel Ruiz (u.a.):

„Ich kann eine Bestie nicht anbeten“

Befreiungstheologen am Ende des Jahrtausends

Schnee von gestern?

Im folgenden Artikel hat CuS aktuelle öffentliche Äußerungen einiger führender Befreiungstheologen zusammengestellt.

Ein kurzer Rückblick:

Anfang der 70er Jahre entwickelte sich die lateinamerikanische Befreiungstheologie, eng verbunden mit dem Namen des brasilianischen Franziskaner-Paters Leonardo Boff (*14.12.1938), einem ihrer führenden Vertreter. – In den 80er Jahren galt die Befreiungstheologie als so große Bedrohung, daß sich z.B. der „Council for Inter-American Security“ (Rat für interamerikanische Sicherheit) in Washington wiederholt mit ihr beschäftigte. In seinem ersten „Santa Fe Papier“ von 1980 hieß es: „Die amerikanische Außenpolitik muß beginnen, die Befreiungspolitik, so wie sie in Lateinamerika von einem Teil des Klerus [»liberation theology« clergy] betrieben wird, zu bekämpfen [...]. Die Rolle der Kirche in Lateinamerika ist entscheidend für das Konzept politischer Freiheit. Unglücklicherweise haben die marxistisch-leninistischen Kräfte die Kirche als eine Waffe gegen das Privateigentum und den produktiven Kapitalismus instrumentalisiert, indem sie die religiöse Gemeinschaft mit Ideen infiltriert haben, die weniger christlich als kommunistisch sind“. Und noch 1988, im Nachfolgepapier „Santa Fe II,“ las man: „Sie [die

Befreiungstheologie] ist eine politische Doktrin mit einer Tendenz gegen den Papst und gegen die freie Marktwirtschaft, die sich als religiöser Glaube maskiert [...]“ – Die Worte „Kommunion“ und „Revolution“ galten damals vielen amerikanischen Konservativen als Synonyme; folgerichtig wurde z.B. in El Salvador vom Militär die Parole ausgegeben „Für das Vaterland – Töte einen Priester“, und am 24.3.1980 wurde Erzbischof Oscar Romero von salvadorianischen Offizieren ermordet, weil er ihnen als Freund der Guerilla galt; bei der Beerdigung starben 20 weitere Menschen anlässlich einer durch Paramilitärs provozierten Panik. Am 16.11.1989, als die Welt den Fall der Berliner Mauer feierte, erschoss die salvadorianische Armee sechs Jesuiten und zwei Mitarbeiterinnen in der Universität von San Salvador. Der bekannte Befreiungstheologe Jon Sobrino überlebte dieses Attentat wohl nur, weil er in USA auf Reisen war. Wenige Beispiele von vielen.

Und heute? Hat sich die Befreiungstheologie 25 Jahre nach ihrem Heranwachsen erledigt? Bei seinem ersten Besuch in Nicaragua (1983) drohte Papst Johannes Paul II. dem Priester und Revolutionär Ernesto Cardenal (*1925) noch mit erhobenen Zeigefinger, weil Cardenal zusammen mit zwei anderen Priestern ein Ministeramt in der revolutionären sandinistischen Regierung innehatte. Bei seinem jüngsten Be-

such in Nicaragua bezeichnete der Papst das Thema Befreiungstheologie als nicht mehr problematisch. Die Befreiungstheologie scheint keine Bedrohung mehr zu sein für „Privateigentum und den produktiven Kapitalismus“, „Papst und freie Marktwirtschaft“ – Schnee von gestern? Ein Kind des kalten Krieges vor 1989? Was sagen die Befreiungstheologen heute selber?

„Wie der schlafende Fisch“

„Heute gibt es hier mehr Armut als vor 20 Jahren. Ich und alle, die wir Christen sind, glauben, daß es keine Gerechtigkeit im Kapitalismus geben kann, weil er auf Ausbeutung gründet“, so Samuel Ruiz, Bischof von San Cristobal de las Casas, Chiapas, Mexiko, 1997. Er erzählt:

„Ich kam vor 35 oder 36 Jahren hier an, und einige Jahre, mindestens 10 oder 15, verbrachte ich wie der sprichwörtliche schlafende Fisch: er schläft mit offenen Augen, ohne etwas zu sehen. Ich sah volle Gotteshäuser, Eingeborene, die fröhlich sangen, und ich bildete mir ein, das sei eine florierende Kirche. Dabei bemerkte ich nicht das allgegenwärtige Unrecht und Leid. Eines Tages verabschiedete ich mich von einer Gemeinde, nachdem wir auf dem Landsitz eines Patrons [Großgrundbesitzers] in seiner Privatkapelle die Firmung gefeiert hatten. Ich wollte in dieser Gegend übernachten, am anderen Morgen eine Messe halten und danach weiterreisen. Man bot mir in einem Dorf ein Bett und ein Nachtessen an. Bei einem Spaziergang sagte mir ein einheimischer Katechet: »Herr Bischof, wir waren sehr froh, daß sie uns besuchen wollten«. Sie wußten es seit etwa drei Monaten, der Patron hatte es ihnen gesagt. Der Patron hatte sie einbestellt. Es sind 8 oder 10 Gemeinden hier im Umkreis, Gemeinden mit 140, 160 Familien. Der Patron forderte von jedem Familienvater die unglaubliche Summe von 5 Pesos, damit ich, der Bischof, eine Tasse Kaffe

bekommen könne. Drei Monate lang, jede Woche, in 10 Gemeinden, für eine Tasse Kaffee.“

„Ich kann eine Bestie nicht anbeten“

Bischof Ruiz fährt fort: „Wenn ich später Kaffee trank, kam es mir vor, als würde ich das Blut der Eingeborenen trinken. Ich sah, daß der Kaffee-Export über den Zwischenhandel das Ausmaß der Ausbeutung an den Tag brachte. Schade, daß ich das nicht vorher gewußt hatte. Ich änderte meinen Kurs und ging nicht mehr in die Haciendas der Großgrundbesitzer, sondern zu den Gemeinden und in die Hütten der Eingeborenen. Sie freuten sich sehr darüber, sie waren überrascht, sie dachten vorher, daß ich nicht schlafen könnte, wie sie schliefen, nämlich auf dem Boden. Oder essen konnte, was sie aßen. Sie glaubten, die wirtschaftliche Beherrschung wäre gleich mit der religiösen Beherrschung.“

Man muß das Evangelium mit der Kultur der Indios in Einklang bringen, damit sie es nicht als aufgesetzt und fremd ansehen. Man hatte bis dahin von ihm verlangt, daß er aufhört, er selbst zu sein, um ganz tief eine Kultur zu erleben, die ihm völlig fremd war. – Das System hier in Chiapas und in Mexiko ist ja kein Einzelfall. Wir hier in unserem Land und andere weltweit sind Nachfolger, wir leben ebenso in einem Unterdrückersystem. Das ist nicht rein mexikanisch, sondern besteht heutzutage auf globaler Ebene. Es ist der neoliberale Kapitalismus. Ich kann eine Bestie nicht anbeten. Die Bestie, das ist ein Kapitalismus, der das goldene Kalb als höchsten Wert anbetet, der den Profit und das Kapital als höchsten Maßstab setzt bei allen Entscheidungen. Er unterdrückt demzufolge die Menschenrechte, alle notwendigen Reformen stehen unter dem Einfluß des Kapitals.“

Am 4. November 1997 wurden Bischof Samuel Ruiz und Bischof Raúl Vera in Chiapas von Unbekannten beschossen. Drei Be-

gleiter der Bischöfe wurden verletzt. Die Kirchenvertreter waren auf einer unbefestigten Straße unterwegs in entlegene Gemeinden. Der Ort, an dem der Angriff stattfand, liegt in einem Gebiet, in dem die paramilitärische Gruppierung „Paz y Justicia“ („Friede und Gerechtigkeit“; sic!) operiert. Diese hatte zuvor wiederholt kirchliche und MenschenrechtsaktivistInnen bedroht und angegriffen. Bischof Vera soll Nachfolger von Ruiz werden, wenn dieser aus Altersgründen den Vorsitz der Diözese abgibt. Er will die Linie von Ruiz aber fortsetzen und enttäuscht damit die PRI-Anhänger, (Partido Revolucionario Institucional, „Partei der Institutionalisierten Revolution“, politische Partei in Mexiko, die seit 1929 monopolartig die Politik des Landes bestimmt, Mitglied der „Sozialistischen Internationale“), die hofften, die offizielle katholische Kirche werde Ruiz und seine MitarbeiterInnen an die kurze Leine nehmen. (Quelle: pbi-Büro Hamburg, „peace brigades international“)

Offensichtlich ist die Geschichte doch noch nicht an ihr Ende gelangt.

„... wenn der fundamentale Feind des Evangeliums die Kirche selbst ist“

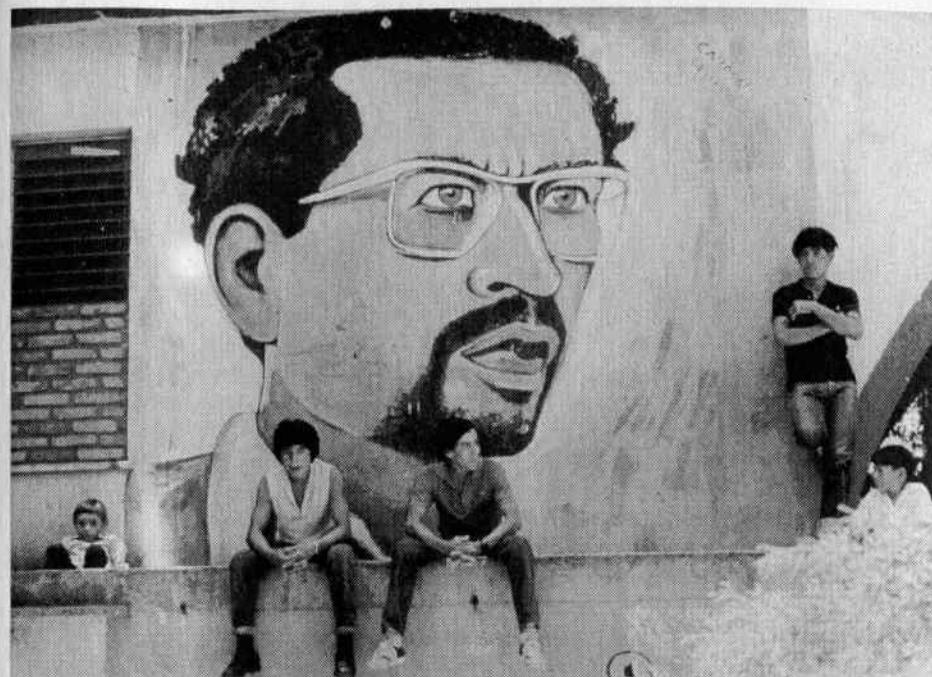
Die größte Kluft zwischen der traditionellen Amtskirche einerseits und Basisgemeinden andererseits, die sich an der Theologie der Befreiung orientieren, besteht wohl immer noch in Nicaragua, wo Ernesto Cardenal heute sagt: „Man kann seine Feinde lieben, aber man kann sich auch gegen seine Feinde wehren, darin läßt uns Christus eine eigene Entscheidung“. Ernesto Cardenal über den Papst:

„Der Papst bestand [bei seinem Besuch am 4.3.1983] darauf, daß ich ihn nicht zusammen mit der [damals sandinistischen] Regierung begrüßen sollte, obwohl ich Minister dieser Regierung war. Die Regierung bestand darauf, daß ich doch teilnehmen

sollte, aber sie warnte mich, daß ich eine öffentliche Erniedrigung durch den heiligen Vater erfahren könnte. Ich stand in der ersten Reihe, und alle Kameras richteten sich auf uns. Was wird der Papst machen? Ich zog meine Baskenmütze ab, etwas was ich niemals tue, nicht einmal vor einem Herrscher, nicht einmal vor einem Staatsoberhaupt, machte eine Verbeugung, und er sagte zu mir, es sei nicht weiter wichtig, aber ich müßte meine Situation wieder an moralische Kategorien anpassen, und das wiederholte er zweimal, weil ich mich in dieser Situation nicht mit ihm streiten wollte.

Was damals subversiv erschien, nämlich das Reich Gottes auf Erden mit der Regierung Gottes gleichzusetzen, zu sagen, die Königsherrschaft Gottes sei die einzig wahre Regierung, das war die wahrhaftige Revolution, und die hat uns Christus gelehrt. Die Sandinistische Revolution war nicht das Reich Gottes auf Erden, sie versuchte aber einen Wandel herbeizuführen, und in gewisser Hinsicht hat sie das auch getan, so weit sie konnte. Über die sozialen Bedingungen in Nicaragua könnte man sagen, daß sie sich in Richtung Gottes Reich auf Erden entwickelten. Die Gerechtigkeit auf Erden, daß die Armen alphabetisiert werden oder daß man ihnen Kleidung, Essen, Erziehung und Kultur gibt, das bedeutet auch das Reich Gottes. Der Papst hätte es lieber gehabt wie in Polen: eine gespannte Situation zwischen Christen und Regierung, aber nicht eine Regierung, die von Christen unterstützt wurde, sogar noch eine Regierung mit Priestern als Minister. Der Kardinal Obando [er wurde am 25.4.85 von Johannes Paul II aus vorwiegend politischen Gründen zum Kardinal ernannt] hat alle verfolgen lassen, die auf Seiten der Revolution standen: Priester, Nonnen, Wortführer.“

Miguel D' Escoto, Priester und in den 80er Jahren neben Cardenal einer der Prie-



Bildnis des Carlos Fonseca (Begründer der FSLN): Wandmalerei im Norden Nicaraguas (Esteli)

Foto: Udo Fleige

ster-Minister in der sandinistischen Regierung, sagt heute: „Der Versuch, das Evangelium einzuführen, ist schwierig, wenn der fundamentale Feind des Evangeliums die römisch-katholische Kirche selbst ist. Das wird hier besonders deutlich. Ich habe sehr oft zum Herrn gebetet: Ich biete dir mein Leben an. Nimm es, aber rühre dem Kardinal Obando ein bißchen sein Herz! Das, was der Kardinal tut, zerstört den Christenglauben der Menschen.“

Wenn Kardinal Obando y Bravo heute seine Vorstellungen vom richtigen Christentum vorführen will, dann schickt er die Fernsehteams zum Beispiel nach Ticuantepe, einem Städtchen in der Nähe der Hauptstadt Managua, wo die Menschen in zweistündigen Gottesdiensten der charismatischen Bewegung inbrünstig um Wunder bitten und von Politik keine Rede ist.

„Gott hat die Vielfalt nicht verdammt“

Andere Wege scheinen die Befreiungstheologen in Brasilien einzuschlagen: Abkehr von rein wirtschaftlicher und politischer Betrachtung scheint angesagt, die Zeiger stehen auf Versöhnung. Leonardo Boff: „Es gibt so viel Elend. Wenn man in eine Favela kommt und fragt, »Wie geht's dir, Bruder?«, heißt es: »Phantastisch«. – Er hat keine Zähne, hat kaum was zu essen, lebt in einer Favela. – Ich frage mich: Woher kommt dieser Überschuß an Zufriedenheit?“

Der geheime Grund liegt wohl in der Fähigkeit, sich nicht in Systeme einschließen zu lassen, in Formen, die letztlich eine stärkere Beschränkung des täglichen Lebens bedeuten. Wir Befreiungstheologen haben vor lauter Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Unterdrückung die

**Jon Sobrino,
seit Mitte der 50er Jahre Jesuiten-
missionar in El Salvador:**

Wir kamen in unseren Soutanen aus einer Welt, die nichts mit dem hier zu tun hatte. Das Leben hier in Lateinamerika hat mit diesem Kleidungsstück nicht zu tun. Wir sind in einem unbekannten Land angekommen. Wir hatten einen guten Willen, wir waren sehr jung, 18, 19 Jahre alt. Wie sollte man in diesem Alter keinen guten Willen haben? Wir kamen hierher, um zu lehren, um zu geben, vielleicht auch um zu herrschen – wohl eher eine uneingestandene Wahrheit. Wir kamen, um den Aberglauben dieser Menschen hier zu überwinden, damit sie kirchlich heirateten und alle diese Dinge. Und wir sahen all diese Armut. Der Gestank, den die Armut ausströmt, der hat uns getroffen, es schockierte uns. Das mußte uns allen etwas sagen, als Jesuiten und als Christen und einfach als menschliche Wesen.

Freiheit des Volkes vergessen. Je mehr unterschiedliche Tiere, unterschiedliche Bäume, desto besser, je mehr verschiedene Glaubensrichtungen, Quellen des Lebenssinnes, religiöse Ausdrucksformen, je mehr christliche Kirchen, desto besser. Nur eine einzige Kirche unter dem Papst wäre schrecklich. Gott würde sich bei so vielen gleichartigen Gottesdiensten langweilen. Das schöne ist, daß in allen Sprachen das Gleiche gesagt wird über Gott, den Menschen, und die Vielfalt nicht verdammt, sondern gesegnet wird. Das Wichtige ist, daß wir eine einzige Familie von Menschen sind, und das haben wir vergessen."

Mit den „Systemen“ und den „Formen“ meint Boff wohl die strikten Grenzen zwischen Befreiungstheologen einerseits

und Amtskirche andererseits. Aber auch die Grenzen zwischen Konfessionen und Religionen.

Leonardos Bruder Waldemar Boff möchte diejenigen vereinen, „die aus irgendeinem Glauben heraus, die Befreiung der Menschen suchen“. Er drückt das so aus: „Der Berührungspunkt ist die Nächstenliebe. Ein jeder ist frei, dieser Liebe in der Form, in der er möchte, Ausdruck zu verleihen. Katholiken, Buddhisten, Evangelische: Alles sind gültige Ausdrucksformen und keine ist absolut, keine kann von sich behaupten, alleinseligmachend zu sein, weil sie alle Ausdruck der Menschenliebe und der gegenseitigen Anerkennung sind. Unser Ziel ist, daß der Wolf ein Bruder des Menschen sei und nicht der Mensch ein Wolf für den Menschen.“

ANZEIGE

**ERFAHRUNG
UND THEOLOGIE**
SCHRIFTEN ZUR PRAKTISCHEN THEOLOGIE

28

Frank Ziesche
„Evangelische
Wirtschaftsethik“

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Ziesche, Frank:

„Evangelische Wirtschaftsethik“ : eine Untersuchung zu Georg Wünschs wirtschaftsethischem Werk / Frank Ziesche. - Frankfurt am Main ; Berlin ; Bern ; New York ; Paris ; Wien : Lang, 1996

(Erfahrung und Theologie ; Bd. 28)
Zugl.: Bochum, Univ. Diss., 1995
ISBN 3-631-30860-4


PETER LANG

Frank Ziesche

Georg Wünsch ein religiös-sozialistisches Lebensbild

Georg Wünsch gehört, gemessen an seiner Bedeutung in der Weimarer Republik, zu den erstaunlich wenig beachteten Theologen der religiös-sozialistischen Bewegung. Sein Werk wieder stärker in das Bewußtsein zurückzuholen, soll Aufgabe des nachfolgenden Artikels sein.

Georg Wünsch wurde 1887 in einem Vorort der Industriestadt Augsburg als Sohn eines Schriftsetzers geboren. Die Prägungen, die er dort erhalten hat, lassen sich an zwei Punkten durch sein gesamtes Leben hindurch verfolgen. 1. ist er Lutheraner bis auf die Knochen und 2. hat er die Probleme von Arbeiterexistenzen am eigenen Leib erfahren. Daß er überhaupt das Gymnasium besuchen durfte und konnte, darf man getrost als Sensation bezeichnen. Anhand dieser beiden Prägungen läßt sich auch sein wissenschaftliches Werk aufschlüsseln. Hier ist zunächst seine wissenschaftliche Beschäftigung mit Luther zu nennen.

1. Wünsch als Lutherforscher und Lutheraner

Wünsch hat sich sein gesamtes Leben lang wissenschaftlich mit Luther befaßt. Seine Dissertation (vor Kriegsende fertiggestellt, erschienen 1920) beschäftigt sich mit der „Bergpredigt bei Luther“, ein Thema, das er in einer Anmerkung der „Soziallehren“ seines verehrten Lehrers Ernst Troeltsch gefunden hatte. Sein letztes größeres Werk (1961) über Luther handelt von „Luther und der Gegenwart“. Dazwischen liegen viele Arbeiten über Luther, die er in unterschiedlicher Form veröffentlicht hat.

Wünsch ist aber nicht nur Lutherforscher, sondern selbst auch Lutheraner. Seine Lutherstudien sind selten als reine histo-

rische Untersuchungen konzipiert, sondern sollen in die Gegenwart sprechen. Insofern sind sie immer auch eine Selbstverständigung für Wünschs eigene sozioethische Forschung. Bemerkenswert ist sicherlich die Stellung, die der Rechtfertigungsgedanke Luthers in Wünschs Sicht einnimmt. Entscheidend an Luthers Theologie ist für Wünsch die Tat. Zwar ist die Rechtfertigung unerlässlich, weil sie von der Sündenangst befreit. Allerdings ist sie nicht die Hauptsache, sondern weil durch sie der Mensch von Sündenangst befreit wird, ist er damit auch befreit zu der wichtigsten Frage, wie das Werk Gottes in der Geschichte geschehen kann (Wünsch 1931, 68). Damit läßt sich schon von der Beschäftigung mit Luther der Bogen schlagen zur Beschäftigung mit gegenwärtigen Weltproblemen. Die auf einen gegenwärtigen Ertrag ausgerichtete Lutherforschung zwingt den Forscher hinein in die Fragen der Weltgestaltung in den Bereichen wie etwa Staat, Wirtschaft, Gesellschaft etc. Diese sozioethische Arbeit soll im folgenden untersucht werden.

2. Sozialethik

Wie Wünsch praktizierender Lutheraner und nicht nur Lutherforscher war, so hat er auch sozioethische Themen nicht nur vom Schreibtisch aus wahrgenommen, sondern sich selbst immer im politischen Bereich en-

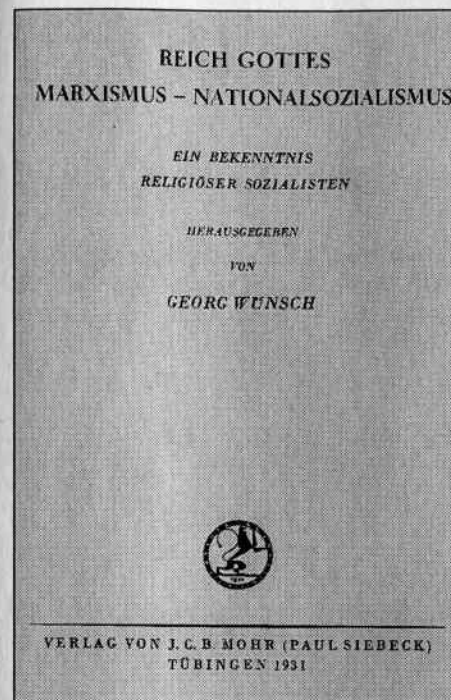
gagiert. Er war wie viele seiner Generation Freiwilliger im 1. Weltkrieg. Nach dem Krieg begann sein Wirken im badischen Volkskirchenbund. Dessen Hauptziel war es, durch Kirchenwahlen die Arbeiter wieder an der Kirche zu beteiligen und die Kirche auf diesem Wege von ihrer sozialen Blindheit zu befreien. Allerdings blieben die Arbeiter auch den badischen Kirchenwahlen von 1920 weitgehend fern. Deswegen entschloß man sich, nicht mehr vorrangig kirchenpolitische Fragen zu behandeln, sondern auch stärker allgemeinere politische Probleme zu bearbeiten. Hierbei erwies es sich als hilfreich, über die Grenzen Badens hinauszublicken. Durch den Zusammenschluß mit ähnlichen Gruppierungen, vor allem in Thüringen und Berlin, entstand der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, an dem Wünsch durch die Weimarer Republik hindurch führend beteiligt war. Er gab das theoretisch-wissenschaftliche Organ des Bundes, die „Zeitschrift für Religion und Sozialismus“, heraus und wurde 1930 als Beisitzer für theologische Fragen in den Vorstand gewählt.

Als Mitglied der SPD äußerte er sich u.a. zu dem in der Folge der Auseinandersetzung um den Bau des Panzerkreuzers A aufkommenden Diskussion über die Wehrfrage und verteidigte die SPD-Politik gegen die Angriffe der KPD (und auch Eckerts). In Gesprächen mit Freidenkern versuchte er bei allen Unterschieden in weltanschaulichen Fragen die möglichen Gemeinsamkeiten in Bezug auf den Sozialismus herauszuarbeiten. Allerdings bezieht sich seine Nähe zur SPD vorrangig auf deren wirtschaftspolitische Ordnungsvorstellungen. Während die SPD eine Hauptträgerin der Weimarer Demokratie ist, scheint Wünsch kein tieferes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie bekommen zu haben. So läßt es sich erklären, daß seine Analysen zum Verfall der Demokratie, besonders repräsentiert durch die Notverordnungen Brünings

ab 1930 und die faktische Ausschaltung des Parlamentes durch den berüchtigten Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung (der Notverordnungsartikel, mit dessen Hilfe auch Hitler seine Macht stabilisieren konnte) – ein Umstand, der so gravierend ist, daß manche Historiker für den Sommer 1930 das Ende der Weimarer Republik konstatieren (etwa Peukert 1987, 252) – eigentümlich blaß blieben und völlig von den Überlegungen zu den Folgen der Weltwirtschaftskrise überdeckt worden sind. Für die SPD saß er nach dem zweiten Weltkrieg auch einige Jahre als Stadtverordneter im Marburger Rathaus.

Nur mit der Kenntnis von Wünschs Position zur Demokratie läßt sich annähernd verstehen, wie er zu seiner Stellung zum Nationalsozialismus ab 1933 gekommen ist; das dunkelste Kapitel in Wünschs Biographie. Direkt nach der Machtübergabe an die NSDAP bemüht sich Wünsch die, allerdings von ihm auch vor 1933 schon bemerkten, sozialistischen Elemente in der NSDAP auszumachen. Er hält es nun nicht mehr für ausgeschlossen, daß gerade mit Hilfe der Nationalsozialisten sich in Deutschland ein nationaler Sozialismus verwirklichen ließe. Diese Position behält er literarisch faßbar zumindest bis zu seiner 1936 erschienenen Evangelischen Ethik des Politischen bei, in der er dem NS auch in der Rassenfrage glaubt entgegenkommen zu können und die religiösen Sozialisten in ihren edelsten Teilen als unglückliche Vorläufer des Nationalsozialismus betrachtet. Allerdings ist auch eindeutig, daß er seine Option für den Sozialismus eindeutig beibehält. Dieser Tatbestand ist in der Sekundärliteratur meist nicht genügend beachtet worden.

Wenn Breipohl bei Wünsch eine „Tendenz zu einer unkritischen Unterordnung unter die Gegebenheiten einer historischen Situation“ (Breipohl 1971, 144) postuliert, so trifft dies in Bezug auf seine Stellung



dem Nationalsozialismus gegenüber nur bedingt zu. Er hat ja seine grundlegende Ansicht nicht geändert, sondern auch durch die dreißiger Jahre hindurch am Ziel des Sozialismus festgehalten. Auch der Hinweis von Arnold Pfeiffer (1976, 25f.) auf die lutherische Zwei-Reiche Lehre könnte nur weiter führen, wenn Wünsch denn 1933 von dem Ziel des Sozialismus abgerückt wäre und eine Eigengesetzlichkeit des Wirtschafts- und Staatslebens behauptet hätte. Dies ist aber offenkundig und, wie die immer schon öffentlich zugänglichen Quellen ausweisen, nicht der Fall gewesen. Die einfachste Erklärung ist hier, daß Wünsch einer politischen Fehleinschätzung aufgesessen ist. Hätte Wünsch die Illusion, daß es durch die Herrschaft der NSDAP auch zu einem Aufbau des Sozialismus hätte kommen können, aufgegeben, so wäre ihm nur die Möglichkeit geblieben,

in irgendeiner Form, sei es auch im Gang in die innere Emigration, Widerstand zu üben oder seine grundlegenden Einsichten zu revidieren. Angesichts dieser Alternative ist es vielleicht psychologisch verständlich, daß von ihm noch dort Möglichkeiten gesehen werden, die, zumindest aus heutiger Sicht, in der Realität keinen Anhaltspunkt finden.

2.1 Theoretisch-sozialethische Arbeit

Wünsch geht mit seiner wissenschaftlich-sozialethischen Arbeit gegen zwei Frontstellungen an. Zunächst ist es die Frage, ob Kirche und Christentum überhaupt ein Mandat haben, sich zu sozialethischen Themen zu äußern. Gerade im Protestantismus ging eine große Mehrheit davon aus, daß das Christentum personalethische Konsequenzen haben muß. Die Hilfe soll von Mensch zu Mensch geleistet werden. Aber auch die Entscheidungen wurden nach dieser Maßgabe personalisiert. Als roter Faden zieht sich etwa durch die Wahlaufträge der evangelischen Kirchen der Weimarer Zeit die Aufforderung, der Kirche gegenüber positiv eingestellte evangelische Christen zu wählen. Gemäß dieser Maßgabe sind die Lieblingsthemen protestantischer Ethik der Schutz der Ehe und der Schutz des Eigentums.

Wünsch postulierte dagegen einen für den Christen selbstverständlichen „Lebenszusammenhang zwischen der Erfahrung Gottes und der Welt“ (Wünsch 1921, 44f.). Daher kann sich der Christ nicht mit dem Argument von den zwei Reichen von der Welt zurückziehen, sondern er muß in dieser Welt am Aufbau des Reiches Gottes mitarbeiten. Allerdings kann niemand das Reich Gottes direkt anstreben, weil kein Mensch weiß, wie Gottes Reich letztlich beschaffen sein soll. Wenn aber Gott die Geschichte auf sein Reich hin treibt, dann ist es die Aufgabe des Christen, Gottes Handeln in der geschichtlichen

CuS 1/98 47

Wirtschaftsethik an, sondern will dies weitgehend den Fachleuten überlassen. Hierzu gehört auch die konkrete Gestaltung des Arbeitsplatzes. Allerdings steht Wunsch an diesem Punkte nicht allein. Es ist ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß die Frage nach einer Humanisierung der Arbeitswelt bis in die 70er Jahre hinein fast überhaupt keine Rolle gespielt hat. Bedeutsam ist für Wunsch an den Fragen der technischen Autonomie nur der Nachweis, daß diese eine soziale Gestaltung von Wirtschaft nicht prinzipiell zu verhindern vermag.

Schauen wir nun auf die gegenwärtige Situation. Gerade der unregulierte Kapitalismus scheint die Welt in eine Katastrophe zu führen. Ein ungebändigter Kapitalismus ist nicht, wie Weber annahm, die Voraussetzung für die Versorgung der Bevölkerung, sondern vielmehr die größte Gefährdung des Überlebens der Menschheit. Insofern scheint Wunsch gegen Weber Recht zu behalten, als um der Zukunftsfähigkeit willen Wirtschaft ethisch gestaltet werden muß. Voraussetzung, um Wirtschaft ethisch gestalten zu können ist neben dem Willen, dies auch zu tun, die Fähigkeit der Politik dies durchzusetzen. Die nationalstaatliche Politik ist aber gegenüber einem international agierenden Kapital immer weiter in den Hintergrund gedrängt worden und hat immer kleinere Gestaltungsspielräume. Daher scheint in der Tat in unserer gegenwärtigen Situation ein internationaler Zusammenschluß unumgänglich zu sein, um die Politik wieder handlungsfähiger zu machen. Der Weg in die europäische Gemeinschaft ist daher eine unabdingbare Voraussetzung, wenn auch der konkrete Gang der europäischen Einigung nicht viel Anlaß zu Hoffnung gibt.

Allerdings kann man meiner Ansicht nach nicht, wie Wunsch es getan hat, Kapitalismus und Sozialismus strikt entgegensetzen. Hier hatte von Wunschs Zeitgenos-

sen etwa Eduard Heimann wesentlich weiter gesehen, als er die gegenseitige Durchdringung von Kapitalismus und Sozialismus beobachtete. Auch Markt und Plan können nicht als sich gegenseitig ausschließende Gegensätze behandelt werden. Das notwendige Übergewicht der Politik über die Wirtschaft muß nicht gleichbedeutend mit Planwirtschaft sein. Die liberale Theorie hat Recht, wenn sie die Freiheitsaspekte der Marktwirtschaft betont, so daß im konkreten ökonomischen Prozeß letztlich Freiheit gegen Freiheit steht, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Allerdings darf bei dieser Abwägung nicht von dem Maßstab abgewichen werden, von unten im Blick auf die Gesamtgesellschaft zu urteilen. Will man die Vorzüge des Marktes behalten, aber dennoch deutlich machen, daß Wirtschaft im letzten unter demokratischer Kontrolle und Verantwortung stehen muß, so kann man dies vielleicht als eine marktmodifizierte Planwirtschaft bezeichnen.

Die schwierigste Frage in einem wirtschaftsethischen Kontext ist sicherlich, wer der Träger einer Umgestaltung sein soll. Für Wunsch war dies die Arbeiterklasse. Dieser Optimismus kann heute in solcher Einseitigkeit sicherlich nicht geteilt werden, schon allein deshalb, weil das Alltagsbewußtsein nicht vorrangig von der Alternative Kapital und Arbeit geprägt ist, sondern sich ausdifferenziert hat. Wichtiger Träger einer Umgestaltung ist sicherlich der Staat, der allerdings als demokratischer Staat in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen steht. Entscheidende Kräfte bei der Veränderung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen scheint mir weiterhin die Arbeiterbewegung in Form von Gewerkschaften zu sein. Daneben sind aber auch andere soziale Bewegungen wie etwa ökologische Gruppen, Verbraucherverbände, der Feminismus in unterschiedlicher Intensität bedeutsam. Ob Arbeitslose-

ninitiativen, dem französischen Vorbild folgend, dauerhaft öffentlich präsent sein können, muß sich erst noch zeigen. Von den politischen Parteien sind sicherlich die PDS und die SPD interessant, wobei die SPD ihrerseits auf Druck angewiesen ist.

Bei Bündnis 90/ die Grünen kommen die beiden Hauptstränge der Tradition nicht von der sozialen Frage und sind in der Hauptsache in einem liberalen Bürgertum verwurzelt. Gerade bei dem Nachwuchs scheint sich bei dieser Partei ein neo-liberales Wirtschaftsmodell durchzusetzen, das ökologisch abgefedert wird. So müssen sich die Hoffnungen bei dieser Partei auf Dauer vermutlich am ehesten auf die produktive Mitwirkung an den rein ökologischen Fragen beschränken. Letztlich ist auch das Unternehmertum kein monolithischer Block, so daß auch aus diesen Reihen durchaus Hilfen zu einer Veränderung denkbar wären, wenn man ihnen denn eine Chance gibt zu überleben.

Wenn bei Wunsch auch die Entgegensetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu schematisch gerät, so kann es in der gegenwärtigen evangelischen Theologie und Kirche als Konsens angesehen werden, daß es erstens Aufgabe von Christen ist, auch zu strukturellen Problemen Stellung zu beziehen und es zweitens eine Eingengesetzlichkeit, die ein Eingreifen verhindert, nicht gibt. Wunsch hat dies mit vorgedacht und ist damit einer von denen, die als Ahn dieser Sache angesprochen werden dürfen. Daher hat es Sinn, trotz aller Merkwürdigkeiten seiner Biographie und gewisser theoretischer Schwächen, sich seiner zu erinnern.

Literatur:

- Breipohl, Renate 1971: Religiöser Sozialismus und bürgerliches Geschichtsbewußtsein zur Zeit der Weimarer Republik, Studien zur Dogmengeschichte und systematischen Theologie Bd.32, Zürich.
- Peukert, Detlev 1987: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt/M.
- Pfeiffer, Arnold (Hg.) 1976: Religiöse Sozialisten. Dokumente der Weltrevolution Bd.6, Olten u. Freiburg im Breisgau.
- Wunsch, Georg 1921: Der Zusammenbruch des Luthertums als Sozialgestaltung, Tübingen.
- Wunsch, Georg 1925: Religion und Wirtschaft, Tübingen.
- Wunsch, Georg 1927: Evangelische Wirtschaftsethik, Tübingen.
- Wunsch, Georg 1931: Die Aufgabe des Marxismus in der Bewegung des Reiches Gottes, in ders. (Hg.): Reich Gottes – Marxismus – Nationalsozialismus. Ein Bekenntnis religiöser Sozialisten, S. 6 – 89, Tübingen.
- Wunsch, Georg 1936: Evangelische Ethik des Politischen, Tübingen.
- Wunsch Georg 1964: Erfahrungen und Gedanken eines religiösen Sozialisten. Biographische Skizze, Frankfurt/M.
- Ziesche, Frank 1996: „Evangelische Wirtschaftsethik“. Eine Untersuchung zu Georg Wunschs wirtschaftsethischem Werk, Erfahrung und Theologie. Schriften zur Praktischen Theologie, Bd.28, Frankfurt/M., Berlin, Bern, u.a.

Anmerkung der Redaktion:

Die Doktorarbeit Frank Ziesches „Evangelische Wirtschaftsethik Eine Untersuchung zu Georg Wunschs wirtschaftsethischem Werk“ wird in einem der nächsten Hefte rezensiert. An dieser Stelle sei Ziesches Arbeit bereits unseren Leserinnen und Lesern empfohlen.

Zu Wunsch erschien in CuS u.a.:

- Arnold Pfeiffer. Rezension zu Lothar Wetzel. Sozialismus aus christlichem Gewissen bei Georg Wunsch. In: CuS, 2/96.
- Heinz Röhr. Zwei religiös-sozialistische Lebensläufe. Georg Wunsch und Carl Menicke. In: CuS 4/87.

Resolution an den Herrn Landesbischof, den Evangelischen Oberkirchenrat der Badischen Landes- kirche und an die Badische Landessynode zur Rehabilitation des Pfarrers Erwin Eckert

In Zusammenhang mit der Friedensdekade 1996 haben wir, Menschen des Kirchenbezirks Müllheim, uns mit dem Wirken und dem Schicksal des Religiösen Sozialisten Erwin Eckert beschäftigt und folgende Resolution gefaßt:

Die Ev. Landeskirche Badens war in den letzten Jahren der Weimarer Republik blind für die politische Wirklichkeit. Die noch starke Tradition des obrigkeitsstaatlichen Kaiserreichs und der als Folge des verlorenen Weltkriegs gesteigerte Nationalismus beherrschten besonders die ev. Kirchenleitungen. Die badische Kirchenregierung hat darum damals die menschenverachtende, antisemitische, auf Krieg hintreibende und christusfeindliche Grundhaltung des Nationalsozialismus nicht gesehen und z.T. auch nicht sehen wollen.

Einer der wenigen, die schon damals die große Gefahr für die Kirche und für das deutsche Volk erkannt haben, war der Mannheimer Pfarrer Erwin Eckert. Ihn hat die Kirchenleitung wegen seines radikalen antifaschistischen und sozialistischen Handelns 1931 unehrenhaft seines Amtes enthoben.

Eckert hatte erklärt:

Zur Kriegsgegnerschaft: „Man sollte meinen, daß die Forderung <Nie wieder Krieg> zur Selbstverständlichkeit geworden sei nach den Erfahrungen des letzten Krieges und dessen unmittelbaren Folgen, die wir heute noch spüren und auch in den kom-

menden Jahrzehnten noch verspüren werden. Aber so ist es nicht. Nicht einmal die Christen in allen Völkern sind davon überzeugt, daß kein Krieg mehr sein wird und daß sie alles für den Frieden tun müßten.“ (Meersburg, Dezember 1926)

Zum Nationalsozialismus: „Wir bekämpfen den Faschismus, der aus Jesus Christus, weil er ein Jude war, nun plötzlich einen Arier mit Hakenkreuz und Schwert macht. Wir bekämpfen den Faschismus, der aus dem Heiligen Geist, der aus Gottes Gnade und Güte die Menschen erfaßt hat, ... das heilige Blut der arischen Edelrasse macht. Es ist doch etwas, das einen im innersten treffen muß, daß dieser Faschismus von der bürgerlichen Kirche geschützt wird. Wir halten es für eine Christenpflicht, für eine Forderung unserer Verantwortung vor Gott, die Bewahrung seines Geistes hier auf Erden sicherzustellen und gegen die Hemmungen anzukämpfen, die das Näherkommen seines Reiches, des Reiches Gottes, des Reiches der Gerechtigkeit, des Friedens und der Güte ... unmöglich machen wollen. Wir sind der Überzeugung, daß eigentlich die christlichen Kirchen diesen Kampf führen müßten, und in erster Linie die Führer der christlichen Kirchen berufen sind, Gottes Wort und Gottes Wahrheit rein und lauter zu erhalten in den Kämpfen des irdischen Lebens.“ (Karlsruhe, März 1931)

Nach dem, was das deutsche Volk, die Juden Europas und die Völker der Welt durch das nationalsozialistische Deutschland zwi-

schen 1933 und 1945 erlitten haben, kann niemand mehr übersehen, daß der damalige Kirchenpräsident und der Oberkirchenrat versagt haben.

Der Mannheimer Pfarrer Erwin Eckert hat aus seiner Erfahrung des Elends der Industriearbeiter, der Fürchterlichkeit des Krieges und der Unterdrückung der Schwachen durch die Mächtigen in Staat und Wirtschaft und aus seinem sensiblen christlichen Gewissen heraus seine Kirche zur Einsicht gemahnt. Mit der immer näher rückenden nationalsozialistischen Diktatur hat er in unbedingter Radikalität seine Kirche zur Umkehr zu drängen versucht, als noch Zeit war. Diese Radikalität hat die Kirchenleitung nicht ertragen und mit dem Urteil vom 11. Dezember 1931 Pfarrer Eckert aus dem Dienst der Landeskirche entfernt, mit der Wirkung des Verlustes der Amtsbezeichnung, des Einkommens, des Anspruchs auf Ruhegehalt und der Hinterbliebenenversorgung – wegen „Dienstpflichtverletzung“!

Das war vor 65 Jahren. Bis heute hat die Badische Landeskirche diesen tapferen Pfarrer nicht rehabilitiert. Wenn der Herr Landesbischof in seiner Predigt vom 20. Juni 1993 in Karlsruhe auch vom „Bruder Eckert“ spricht, so fehlt doch die eindeutige, unübersehbare Rehabilitierung. Und diese darf nicht in aller Stille erfolgen, sondern mit einem deutlichen Bekenntnis des Irrtums, des Versagens und der Schuld vor Gott und gegenüber einem aufrechten, antifaschistischen und für den Frieden kämpfenden Christen und Pfarrer. Nur so kann aus der erlebten und erlittenen Geschichte eine Kraft werden, die Zukunft eröffnet und an der die Kirche noch beteiligt sein kann.

Wir fordern daher den Herrn Landesbischof, den Ev. Oberkirchenrat und die ba-

dische Landessynode auf, nun endlich den Pfarrer Erwin Eckert in aller Form zu rehabilitieren.

Müllheim, den 21. Oktober 1996

Anmerkung der CuS-Redaktion:

Die Initiatoren der Müllheimer Erklärung sammeln Unterschriften zur Unterstützung ihrer Resolution. Auf dem letzten ev. Kirchentag hat auch der Bund hierfür geworben. Eine Unterschriftenliste ist erhältlich bei Dr. Reinhard Mielitz, Altenbergstraße 34, 79219 Staufen.

Wer sich ausführlicher mit Leben und Wirken von Erwin Eckert beschäftigen möchte, sei u.a. auf folgende Artikel verwiesen, die zu diesem Thema in CuS erschienen sind:

Markus Mattmüller, „Der religiöse Sozialismus einst und jetzt“, Heft 2/1981.

Reinhard Gaede, „Gegen Fürsten und Faschisten“, Heft 3/1981

Friedrich-Martin Balzer, „Religiöse Sozialisten in der Weimarer Zeit“, Heft 1/1988.

Ulrich Peter, „Spalter am Werk: Der Bund evangelischer Sozialisten am Ende der Weimarer Republik“, Heft 3/1988 und 4/1988.

Außerdem eine ausführliche Rezension von Ulrich Peter zu dem von F.-M. Balzer herausgegebenen Eckert-Buch „Ärgernis und Zeichen“ in Heft 3/1993.

Außerdem ist in der weißen Broschüre zur Selbstdarstellung des Bundes von 1991, die zum Preis von 3,- DM noch bestellt werden kann, ein Artikel von Erwin Eckert abgedruckt: „Was wollen die religiösen Sozialisten?“

Interessierte können eine Kopie anfordern bei: Ch. Peter, Fechnerstr. 18, 10717 Berlin

Besuchen Sie CuS im Internet

<http://homepages.teuto.net/cus/index.html>

Unsere Besucher (bisher keine Besucherinnen!) schrieben uns:

Schüler aus Bamberg/O-Franken wrote:

Is' ja echt toll hier! Bin beim Suchen nach Gleichgesinnten auf euch gestoßen. Christen und Sozialisten gibts bei uns im ach so Christsozialen Bayern viel zu wenige.

Otto Schupp wrote:

Ich bin seit 1. April 1950 SPD-Mitglied und war in den 50er Jahren Mitglied im damaligen Bund christlicher Sozialisten. Ich interessiere mich für die Arbeit des Bundes der Religiös. Sozialisten, da ich im Gesprächskreis Baden-Württemberg bin.

markus wrote:

Hi, nicht schlecht die Seiten hier - wann kommt denn nun die Ausgabe 3-4/97???

mario wrote:

Wußte gar nicht, daß es sowas gibt. Ich -

Atheist - finde euch richtig interessant. Macht weiter so. Tschüs.

mike wrote:

Eure homepage gefällt mir sehr gut. Werde künftig regelmäßig vorbeischauen. Freiheit und Glück. Mike

Prof. Jürgen Moltmann said:

Ich lese Ihre Zeitschrift gerne und mit Gewinn.

Gerhard Nuss wrote:

Habe nun seit 20 Jahren in Schweden gewohnt. Hätte ich in meinen ersten 30 Jahren in Deutschland gewusst, dass es CuS gibt, hätte ich vielleicht nicht auswandern brauchen. Ihr müsst lauter werden!!!

uf

Neue Kontaktadresse

Das Bundessekretariat ist mit der Bundessekretärin umgezogen! Sie und es haben sich aus der Mitte der Republik etwas nach Osten verlagert. Bitte schickt Post oder Faxe für den BRSD oder die Bundeszeitschrift nur noch an:

Martina Ludwig, Hohensteiner Str. 12, 09117 Chemnitz, Fon/Fax: 0371/85 77 366

Herzliche Einladung zur Jahrestagung 1998

Die Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. findet vom 30. April bis 3. Mai 1998 in partieller Kooperation mit der St.-Klemens-Kommende, dem Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn, in Dortmund unter dem Titel „Aktualität des Religiösen Sozialismus heute“ statt. Dr. Arnold Pfeiffer, Pfarrer, Idar-Oberstein, spricht am Freitagabend über „Das religionskritische Erbe des Religiösen Sozialismus“ und Dr. Klaus Kreppel, Fachleiter für Sozialwissenschaften, ehemaliger BRSD-Bundessprecher, Bielefeld, am Samstagmorgen zum Thema „Wir brauchen wieder Sozialist/inn/en“. Der Samstagnachmittag ist einem Besuch in Hermann Daniels Gemeinde gewidmet. Am Abend feiern wir unseren Gottesdienst. Der Sonntagmorgen dient der weiteren Diskussion und der Auswertung. Integriert in die Jahrestagung ist die Mitgliederversammlung (siehe dort) und am Vormittag des 1. Mai Teilnahme an der Demonstration.

Der Tagessatz beträgt, leider anders als ausgemacht, DM 52 am Tag. (Bundesmitglieder, die sich den Preis nicht leisten können, aber dennoch teilnehmen möchten, sollten sich mit dem Bundessekretariat in Verbindung setzen.) Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! Wer nur die beiden Referate hören möchte (von Freitagabend bis Samstagmittag) melde sich an bei: St.-Klemens-Kommende, Brackeler Hellweg 144, 44309 Dortmund. Wer länger oder die ganze Tagung von Donnerstagabend bis Sonntagmittag dabei sein möchte, melde sich möglichst bald im Bundessekretariat mit der verbindlichen Zusage an, ab welcher und bis zu welcher Mahlzeit mit wievielen Übernachtungen sie/er teilnimmt: Martina Ludwig, Hohensteiner Str. 12, 09117 Chemnitz, Fon/Fax 0371/85 77 366. Ich gebe die genauen Anmeldedaten dann an die Kommende weiter.

Einladung zur Mitgliederversammlung 1998

Der Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. lädt alle Bundesmitglieder zur diesjährigen Mitgliederversammlung nach Dortmund ein. Die MV beginnt am Donnerstag, 30. April 1998, 19.30 Uhr, nach dem Abendbrot und wird den Abend einnehmen. Nach der Demonstration zum Tag der Arbeit am 1. Mai 1998

- | | |
|---|---|
| 1. Eröffnung der MV und Wahl der Versammlungsleitung und Schriftführung | 8. Frauenthema |
| 2. Jahresbericht und Kassenbericht | 9. Finanzielle Unterstützung der Erfurter Erklärung |
| 3. Entlastung des Vorstands | 10. Stiftung |
| 4. Kirchentag 1999 | 11. Leitfaden für Funktionärinnen und -näre |
| 5. Jahrestagung 1999 | 12. IKvu-Beauftragte/r |
| 6. Wahl des Bundeskassenführers* | 13. Verschiedenes |
| 7. Rehabilitation Erwin Eckerts | |

geht die MV etwa gegen 15.00 oder 16.00 Uhr bis zum Abendbrot weiter. Vorgesehene Tagesordnung:

gez. Der Bundesvorstand

*Die Wahl Philipp Stratmanns zum Bundeskassenführer muß u.U. aus formalen Gründen wiederholt werden.

Bochumer Ratschlag der Erfurter Erklärung und Großdemo

Am 7. März 1998 hat in der Uni Bochum der Bochumer Ratschlag stattgefunden. Er wurde von den Initiator/inn/en der Erfurter Erklärung u.a. zur Vorbereitung einer Großdemonstration im Sommer einberufen. Bitte informiert Euch über den Ausgang der Diskussion und Termin und Ort der Demonstration. Vor den Bundestagswahlen mit den Kanzlerkandidaten Kohl und Schröder ist eine massive politische Meinungsäußerung für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und das Primat einer durchsetzungsbereiten Politik vor der Wirtschaft nötiger denn je: „Wir brauchen eine andere Politik“, nicht nur einen anderen Kanzler!



die uns interessieren

Carl Mennicke:

Zeitgeschehen im Spiegel persönlichen Schicksals.

Ein Lebensbericht, hg. von Hildegard Feidel-Mertz, 362 S., kart., Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1995.

Im Zuge der Exilforschung (vgl. den Beitrag der Herausgeberin in dem von H. Würzner und K. Kröhnke herausgegebenen Band: Deutsche Literatur im Exil in den Niederlanden 1933-1940, Amsterdam 1994) ist ein Mann gewissermaßen für das deutsche Publikum neu entdeckt worden, der diese Entdeckung hoch verdient hat: Carl Mennicke (1887 – 1959).

Das hier endlich im deutschen Original zugänglich gemachte Buch (eine holländische Übersetzung war 1947 in den Niederlanden erschienen und hatte dort auf Grund des Bekanntheitsgrades Mennickes ziemliches Interesse gefunden) läßt deutlich das eigene Profil Mennickes hervortreten, dem in der deutschen Literatur über den religiösen Sozialismus oft nur eine Statistenrolle hinter Paul Tillich eingeräumt worden war.

Anders war das in der bedeutenden Untersuchung von Thomas Ulrich (Ontologie, Theologie, gesellschaftliche Praxis, Zürich 1971, eine bei Gerhard Ebeling angefertigte theologische Dissertation), die Mennickes Gedanken über „sozialistische Verwirklichung“ nicht nur aus der Vergessenheit herausgeholt, sondern auch in bisher unüberholter Weise instruktiv darstellt hat. Während im kurzen Forschungsüberblick von Frau Feidel-Mertz Ulrich kurz gestreift wird (S.355), fehlt Hans Peter

Veraguth ganz, der in seiner Untersuchung „Erwachsenenbildung zwischen Religion und Politik“ (Stuttgart 1976) einen beachtlichen Versuch unternommen hat, Mennicke als Erwachsenenbildner zu würdigen.

Daß Frau Feidel-Mertz nun beabsichtigt, die in holländischer Sprache erschienenen Werke Mennickes über Sozialpsychologie (holländisch 1937) endlich auf deutsch herauszubringen, wird – zusammengekommen mit den jetzt vorliegenden Memoiren – eine Einschätzung der geistigen Leistung Mennickes in seiner Eigenschaft als Sozialpsychologe und Sozialpädagoge allererst ermöglichen. Nicht vergessen werden dürfte dabei das Buch „Levensleer“ (Lebenslehre, holländisch 1941), das die eigene Position Mennickes (in Ergänzung zur Autobiographie) klar hervortreten läßt. Natürlich sollte auch Mennickes Rilke-Buch, das er selber sehr geschätzt hat und das 1937 von Holland aus nach Deutschland nicht hereinkommen konnte, unbedingt wieder erscheinen.

Habent sua fata libelli! Dieses Wort gilt von Mennickes „Lebensbericht“ in besonderem Maße. Selbst dem Einfluß Tillichs ist es nicht gelungen, dem Buch nach 1945 einen westdeutschen Verleger zu verschaffen.

Die Spekulationen darüber, warum das so war, läßt außer dem formalen Umstand, daß Mennicke im Nachkriegsdeutschland kein „Name“ war (er kehrte erst 1952/53 an die Frankfurter Universität und das Berufspädagogische Institut zurück und soll, wie die Herausgeberin S.360 Anm.6 berichtet, „von Horkheimer – und auch Adorno – als Wissenschaftler nicht so eingeschätzt“ worden sein, „wie er es verdiente“), doch vor allem die Tatsache ans Licht treten, daß Mennicke eine vollkommen eigenständige Persönlichkeit war, die sich für keine der ideologischen Richtungen leicht „verrechnen“ ließ. Gerade dieser Tatbestand tritt in dem „Lebensbericht“ unüber-

sehbar hervor, der zu manchem, was nach 1945 „re-education“ sein und heißen mochte, auffällig sperrig sich verhielt.

War es schon wunderbar, Mennickes Anfänge ausgerechnet in jenem „Wuppertal“ wahrnehmen zu müssen, wo sich zuvor Friedrich Engels' paralleler Weg „vom Pietismus zum Kommunismus“ zugetragen hatte (Kap.II), so mußte auf der anderen Seite auffallen, wie wenig Mennickes Beitritt zur SPD und dann gar zur USPD nach 1918 „ideologisch“ bedingt war: er habe, sagt er, das SPD-Programm kaum gekannt (S.105). Stattdessen handelte es sich um konkrete Solidarität mit dem Proletariat, dessen Lebensumstände Mennicke viel besser vertraut waren als etwa seinem Freund Tillich. Der Satz, die Masse könne „nur pädagogisch genommen werden“ (S.121), sagt, richtig verstanden, Mennickes ganzes Lebensengagement für die Proletarier aus. In Abweichung von Friedrich Sigmund-Schultze, in dessen „Sozialer Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“ Mennicke seinen Berliner Weg begonnen hatte, sollte die soziale Bildung keine von außen übergestülpte sein, sondern aus permanentem Mit-Leben mit dem Proletariat kommen. Im deutlichen Unterschied zu Paul Tillich (vgl. im Lebensbericht die wichtige Passage auf S.141 oben!), dessen Einschätzung der „Masse“ von der Faszination (1922) zum Degout (1933) wechselte, blieb Mennicke, der die „Masse“ wirklich kannte, in seiner Einschätzung immer Realist – gleich weit entfernt von Verherrlichung wie von Schmähung.

Das ging so weit, daß er (ein heißes Eisen gerade heute!) als einer, der selber ab 1942 im „Arbeitslager“ Wuhlheide und im KZ Sachsenhausen Schindung und Entwürdigung erdulden mußte, das befremdlich passive Verhalten der „Masse“ nach 1933 sozialpsychologisch zu verstehen trachtete (S. 261ff. – ein Text, der sicherlich nicht ohne die erforderliche Kritik zu rezipieren

ist). Wie wenig Mennicke ein „Emigrant“ im üblichen antifaschistischen Sinne gewesen ist, zeigt seine offen eingestandene Bereitschaft (S.222 ff.), an der „Internationalen Schule für Philosophie“ in Amersfoort, die er seit 1935 leitete, auch nationalsozialistische Positionen zu Wort kommen zu lassen, wenn diese nur geistigen Rang hätten. Der Nationalsozialismus, den Mennicke natürlich seinerseits entschieden ablehnt, ist ihm massenpsychologisch verständlich. Am Ende des Krieges schwankt er zwischen einer planwirtschaftlichen Option, die S.269 – 272 vielleicht nicht in solcher Breite hätte dokumentiert werden müssen (aus der holländischen Ausgabe), und der sich bei ihm durchsetzenden Einsicht (S.272 f.), daß soziale und gar sozialistische Lebensgestaltung nur auf Grund solcher demokratischer Kultur möglich sei, wie er sie in den Niederlanden angetroffen hatte und wie er sie in den angloamerikanischen Ländern schätzte (s. die wichtigen Ausführungen auf S.152 ff.).

Zur Edition des Bandes ist zu sagen, daß, wie besonders die Anmerkungen auf S.306 ff. zeigen, viel Kleinarbeit geleistet worden ist, deren Verdienste – etwa im Zugänglichmachen niederländischer Personen und Verhältnisse – bedeutend sind und die Aufnahme des Buches in Deutschland erleichtern. Im Einzelfall bleiben freilich Fragen: Wenn der große Theologe Harnack, wie S.312 Anm.22 geschehen, vorgestellt wird, warum dann nicht Otto Dibelius (mit dem sich Mennicke auf S.301 so heftig auseinandersetzt)?

Da an vielen Stellen des Buches das friedensethische und friedenspolitische Engagement Mennickes (das ihn von Tillich sichtbar abhob) sehr deutlich wird, mag es auch verständlich sein, in den Anmerkungen eine ganze Seite über den vielfach bekannten und angefeindeten Friedrich Wilhelm Foerster zu finden (S.341 f.) – wenn man auch gerne den historischen

Berührungspunkt zwischen Mennicke und Foerster, nämlich Mennickes kurzfristige Redaktionsarbeit bei Siegmund-Schultzes friedenspolitischer Zeitschrift „Die Eiche“ hervorgekehrt sähe. Aber warum muß umgekehrt ein so naher Freund Tillichs, wie Eckart von Sydow es gewesen ist, so unterbelichtet bleiben (s.S.313 Anm.27)?

Daß schließlich die Benützung von Hannah Tillichs „berüchtigten“ Memoiren „From Time to Time“ (S.329 Anm.3; die deutsche Ausgabe von 1993 scheint der Herausgeberin noch nicht bekannt zu sein) gewisse Fragen aufwirft, mag darum notiert sein, weil die erotische Offenherzigkeit, die Mennickes Lebensbericht kennzeichnet, durch Hannah Tillich bei weitem überboten wird. Mindestens die Schnittpunkte der beiden Autobiographien müßten wohl offen erörtert werden.

Für die Erforschung des religiösen Sozialismus, speziell des „Berliner Kreises“ besonders wichtig ist die neuerdings entdeckte Autobiographie von Mennickes erster Ehefrau Trude Bez-Mennicke (1892-1973), deren Weg, anders als der der „Heidinnen“ Hannah Tillich-Werner und Leni Mennicke-Graßmann, zum katholischen Glauben führte (s. die aufschlußreiche Anmerkung S.317f.). Es wäre überaus schätzenswert, wenn dieser Text bald publiziert werden könnte.

Mit der von Hildegard Feidel-Mertz besorgten Ausgabe des Lebensberichtes von Carl Mennicke ist ein wesentlicher Schritt dahin getan, den „Berliner“ Mennicke als treibende Kraft des „Berliner Kreises“ besser verstehen zu lernen, den „Frankfurter“ Mennicke endlich in seiner pädagogischen Bedeutung zu begreifen, und nicht zuletzt dahin, die holländischen Erfahrungen Mennickes für unsere eigenen sozialpsychologischen und sozialpädagogischen Überlegungen fruchtbar zu machen. So ist die Publikation auf das lebhafteste zu begrüßen.

Arnold Pfeiffer

Kuno Füssel/ Franz Segbers, (Hg.):

„... so lernen die Völker des Erdkreises Gerechtigkeit“.

Ein Arbeitsbuch zu Bibel und Ökonomie, (Edition Exodus/V.F. Pustet) Luzern/Salzburg 1995, 366S., DM 39,80.

Die herrschende Ökonomie ist überlebensbedrohend für Natur und Mensch: Ihr Wirtschaftsmodell – der globale Markt – ist aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten nicht zukunftsfähig und nicht globalisierbar. Es wird zunehmend nach der Moral dieser Wirtschaft gefragt – Wirtschaftsethik >boomt<. Bei der Suche nach ethischen Leitlinien für ein ökologisch und sozialgestaltetes Wirtschaften und nach praktischen Alternativen zur Todesspirale des Kapitalismus ist es eine Grundaufgabe von Christinnen und Christen, die biblische Tradition einer Ökonomie der Gerechtigkeit in den ethischen Diskurs einzubringen. Dies verwirklicht das von Kuno Füssel und Franz Segbers herausgegebene Arbeitsbuch mit jedem seiner 22 Einzelbeiträge auf eindruckliche Weise. Sie alle verdeutlichen, daß die Bibel – entgegen der häufig in kirchlichen Verlautbarungen findbaren Leerstelle über die biblischen Grundlagen zu ökonomischen Fragen – nicht zu den Problemen der Ökonomie und Arbeitswelt schweigt und daß eine biblisch grundlegende Wirtschaftsethik auf einen neuen ganzheitlicheren ökonomischen Wertbegriff zielt: „Ökonomie hat dem Leben zu dienen, den fundamentalen Lebensbedürfnissen und dem Überleben des oikos, der Erde.“ (S.14.)

In den drei Teilen „Ökonomie im Alten Orient und der Antike“ (4 Beiträge), „Ökonomische Probleme und Fragestellungen in den neutestamentlichen Schriften“ (16) und „Wirtschaftsethische Impulse aus der Bibel“ (F.Segbers, S.287 – 330) erschließen die Autorinnen und Autoren ökonomisch bedeutsame biblische Traditionen

aus ganz unterschiedlichen exegetischen Richtungen, wie sozialgeschichtlicher und materialistischer Exegese (z.B. W.Binde-mann, K.Füssel), kontextuellen Zugängen aus dem Umfeld der Theologie der Befreiung (z.B. U.Wegner) sowie feministischer Bibelauslegung (L. Schottroff, C.Janssen, R.Lamb), aber auch der der rabbinischen Auslegung verpflichteten Exegese der Amsterdamer Schule (G.Jankowski, T.Veer-kamp). Inhaltlicher Schwerpunkt ist mit 16 Beiträgen der zweite Teil des Arbeitsbuches, der neutestamentliche Texte nach ihrem Umgang mit wirtschaftlichen Themen unter den Gesichtspunkten „Boden- und Besitzprobleme“, „Kapitalprobleme“, „Arbeitsprobleme“ sowie „Verschuldung und Verarmung“ befragt. Diese massive Schwerpunktsetzung im NT paßt nicht ganz zum Untertitel des Werkes „Arbeitsbuch zu Bibel und Ökonomie“. Andererseits zeigen gerade (fast) alle >neutestamentlichen< Beiträge beeindruckend: Grundlegender Orientierungspunkt einer biblisch begründeten Wirtschaftsethik ist für die Jesusbewegung von Anfang an die Tora! „Jesu Antwort auf die herrschende Ökonomie des Marktes liegt in der Traditionslinie der hebräischen Bibel und der mündlichen Gesetzstradition, die die Tora weiterentwickelte, dem Talmud.“ (Segbers, S.110) Die Tora ist die bleibende An-Weisung zur Gerechtigkeit und zur Solidarität mit den Armen. Sie gilt es – gemäß des kreativen, dynamisierenden Umgangs der Bibel mit ihren eigenen Traditionen – in den jeweils neuen sozialen und ökonomischen Situationen (also gerade auch in der gegenwärtigen Überlebenskrise) aufzunehmen, um den bleibenden Anspruch der Tora einzulösen. D.h. aber konkret, biblisch grundlegende Theologie muß und wird dafür sorgen, daß die Ökonomie als Ökonomie eindeutig und von daher auch einseitig die Interessen jener vertritt, die dem EINEN und EWIGEN heilig sind, des Volkes,

das er aus dem Sklavenhaus führte, sowie der Armen und Marginalisierten. Diesen Prozeß der Dynamisierung der Tora können Christinnen und Christen gerade vom Judentum und seinem Umgang mit der Bibel neu lernen – erste Ansätze dazu finden sich erfreulicherweise in einer Reihe der hier vorliegenden Aufsätze. Die Arbeit mit den jüdischen Traditionen muß dabei über die einseitige Zusammenstellung und Anordnung bei Strack/Billerbeck weit hinausgehen; mit Lehrenden wie K. Wengst, P. von der Osten-Sacken, F.-W. Marquardt, M. Stöhr und D.Vetter sowie den Vertretern der Amsterdamer Schule gilt es, die rabbinischen Quellen gründlicher und nicht durch „die christliche Brille“ verzerrt zu studieren!

Ausgesprochen gelungen ist der Arbeitsbuch-Charakter des Sammelbandes: Neben den vielfältigen inhaltlichen Anregungen und Einsichten der Beiträge, die durchgehend selbst schwierige ökonomische Zusammenhänge ausführlich und verständlich darlegen, fördert vor allem der gut gestaltete 4. Teil „Anhang“ (S.331 – 363) die eigenständige Weiterarbeit. Hier findet sich eine kleine, aber sinnvoll die Buchbeiträge ergänzende und erschließende Sammlung wichtiger Materialien zur Thematik, die neben antiken Quellen auch Zentraltex-te kirchlicher Verlautbarungen zu Wirtschaftsfragen bietet, ein Schriftstellenverzeichnis und ein Sachregister. Nicht nur als Arbeitsbuch, sondern auch insgesamt gesehen ist dieser Band ein Basiswerk zum Thema >Bibel und Ökonomie<. Zugleich verdeutlicht er eindrucklich, daß es bei der Frage um die Gestalt der Ökonomie und ihrer Ethik biblisch immer – zentral und unausweichlich – um die Frage nach dem wahren Gott und seiner Gerechtigkeit geht. Diesem biblischen Anspruch müssen sich christlicherseits alle wirtschaftsethischen Überlegungen stellen!

Michael Helsper/Gernot Jonas

Wir über uns:

Informationen für neue Leserinnen und Leser

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der „die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet“. Jesus von Nazareth hat das „Reich Gottes“ für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, daß wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Berufe, TheologInnen, Intellektuelle aller Sparten und auch Angestellte, ArbeiterInnen, StudentInnen usw. Wer Karriere machen will, ist bei uns falsch. Auch bezahlt wird bei uns niemand.

Wer mit uns der Meinung ist

- daß das Ende des „realen Sozialismus“ nicht das Ende der Geschichte ist
- daß Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist („Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde“)
- daß die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt der Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren ist
- daß ChristInnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben, als ein mehr oder weniger frommes Gemüt
- daß es nicht genügt, Basisgemeinden in Brasilien schicken zu finden, aber sich in der BRD vor einer Organisation zu hüten

Wer mit anderen zusammen Antworten suchen und zusammenarbeiten will, die/den laden wir ein, sich mit uns zusammen auf den Weg zu machen. Jedes Abo und jede Mitgliedschaft/Mitarbeit stärkt uns und unsere Arbeit.

Autorinnen und Autoren

Darius Dunker ist Redaktionsmitglied von CuS. Er lebt und studiert in Aachen und ist dort in der Juso-Hochschulgruppe aktiv.

Udo Fleige ist Lehrer für Biologie und ev. Religion und Redaktionsmitglied von CuS. Er lebt in Tübingen.

Norbert Greinacher ist emeritierter Professor für Praktische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen.

Michael Helsper ist Lehrer für katholische Religion und Deutsch an einer Berufsbildenden Schule. Er lebt in Mayen.

Gernot Jonas ist Pfarrer und Ökumenereferent der Rheinischen Landeskirche im Kirchenkreis Koblenz. Er lebt in Andernach.

Claus Jürgensen ist evangelischer Pfarrer und war von 1996 bis 1997 Beauftragter der Nordelbischen Kirche für das Volksbegehren zur Wiederherstellung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag.

Martina Ludwig ist evangelische Theologin und Bundessekretärin des BRSD. Sie lebt in Chemnitz.

Dörte Münch ist Redaktionsmitglied von CuS. Sie lebt und studiert in Aachen und ist dort in der Juso-Hochschulgruppe aktiv.

Matthias Nauwerth ist Sozialpädagoge und Soziologe. Er lebt in Ellerbek, arbeitet in Hamburg und ist Bundessprecher des BRSD.

Albert Petersen ist Arzt und lebt in Tübingen.

Arnold Pfeiffer ist Ev. Gemeindepfarrer in Idar-Oberstein und Forscher auf dem Gebiet der Kirchen- und Theologiegeschichte.

Hans-Jochen Vogel ist evangelischer Studentenpfarrer und lebt in Chemnitz.

Frank Ziesche ist evangelischer Theologe und lebt in Krefeld.

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text unformatiert sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenfassung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Abonnement
und Retour:** BRSD,
c/o Martina Ludwig,
Hohensteiner Str. 12
09117 Chemnitz

Streifbandzeitung
Gebühr bezahlt
F 20988 F

Helmut Gollwitzer

Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)

Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.